

# POLITISCHE STUDIEN 505

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

73. Jahrgang | November-Dezember 2022 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## BÜRGERLICHE MITTE UND DEMOKRATIE



/// Im Zeitgespräch: Markus Blume zum Wissenschafts- und Innovationsstandort Bayern – S. 6

/// Thomas M. Klotz: Wettbewerbsfähige Bildungspolitik? – S. 54

/// Susanne Breit-Keßler: Gedanken zur Adventszeit – S. 64

Bild: Sebastian Buß/HSS



”

Wir erleben ein **ERSTARKEN** radikaler Parteien in vielen Teilen Europas und der Welt.

## WOHIN STEUERT DIE MITTE?

„Alles fällt, entgleitet, keine Mitte hält. Anarchie stürzt auf die Erde los. [...] doch weiß ich jetzt, zwanzig Jahrhunderten steinernen Schlafs brachte Albtraum einer Wiege Lied.“

Fast schon apokalyptisch muten die Worte des irischen Poeten William Yeats an, der diese Zeilen im Nachgang des Ersten Weltkriegs zu Papier brachte. Gerade im angelsächsischen Raum hat das Gedicht in den letzten Jahren eine Renaissance erfahren. Das Bild einer strauchelnden und zerbrechenden Mitte wird jedoch nicht etwa in Lyrikbänden, sondern vielmehr in den politischen Kommentarspalten bemüht: Denn die Mitte, so ein weit verbreiteter Tenor, befinde sich in einer tiefen Krise.

Und in der Tat nehmen vor dem Hintergrund von Energiekrise, galoppierender Inflation und sinkenden Reallöhnen in großen Teilen der Bevölkerung Ängste vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg zu. Auf politischer Ebene verlieren die Volksparteien als politische Stabilitätsanker an Bedeutung und wir erleben ein Erstarken radikaler oder populistischer Parteien in vielen Teilen Europas und der Welt. Kann die Mitte unter diesen Bedingungen standhalten oder steuern wir auf ein düsteres Zukunftsszenario zu, wie es Yeats in seinem Gedicht beschreibt?

Wie es um die Zukunft der Mitte als ökonomisches, soziales und politisches Milieu bestellt ist, darüber diskutieren wir in dieser Ausgabe der Politischen Studien mit Debattenbeiträgen von Markus Ferber, MdEP, dem Landtagsabgeordneten Alex Dorow und Analysen unserer HSS-Experten Dr. Susanne Schmid und Dr. Gerhard Hirscher.

Ich wünsche Ihnen eine informative und gewinnbringende Lektüre.

Ihre

*Dr. Sarah Schmid-Nürnberg*

**Dr. Sarah Schmid-Nürnberg**  
**Leiterin des Referats Verfassung, Europäische Integration**  
**und Gesellschaftliche Partizipation, Hanns-Seidel-Stiftung**



06

# INHALT



54



22



45

## IM FOKUS

- 22 BÜRGERLICHE MITTE UND DEMOKRATIE**  
Einführung  
**SUSANNE SCHMID**
- 27 WOHIN STEUERT SIE?**  
Die Bürgerliche Mitte in Europa  
**MARKUS FERBER**
- 36 WO LIEGT DIE NEUE BÜRGERLICHE MEHRHEIT?**  
Die Zukunft der Mitte  
**GERHARD HIRSCHER**
- 45 DIE BÜRGERLICHE MITTE**  
Wer ist sie und was beschäftigt sie?  
**ALEX DOROW**

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSSTANDORT BAYERN**  
„Wissenschaft und Kultur sind die Lebensversicherung in einer freiheitlichen Gesellschaft“  
**MARKUS BLUME**

## ANALYSE

- 54 WETTBEWERBSFÄHIGE BILDUNGSPOLITIK?**  
Chancen und Herausforderungen unseres Bildungssystems  
**THOMAS M. KLOTZ**

## NACHGEFRAGT

- 64 GEDANKEN ZUR ADVENTSZEIT**  
„Der Herr ist mein Hirte...“  
**SUSANNE BREIT-KEBLER**

## AKTUELLES BUCH

- 66 „FOLLOW THE SCIENCE – ABER WOHIN?“**  
Zwischen politischen Fragen und wissenschaftlichen Erkenntnissen  
**THOMAS M. KLOTZ**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 69 REZENSIONEN
- 78 JAHRESÜBERSICHT
- 82 ANKÜNDIGUNGEN
- 86 IMPRESSUM





/// IM ZEITGESPRÄCH:  
**MARKUS BLUME, MDL**  
ist Bayerischer Staatsminister für  
Wissenschaft und Kunst, München.

/// „Wissenschaft und Kultur sind die Lebensversicherung in einer freiheitlichen Gesellschaft“

## WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSSTANDORT BAYERN

**MARKUS BLUME** /// ist seit Februar Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Mit den drei aufeinander abgestimmten Programmen Künstliche Intelligenz- und SuperTech-Programm, Sanierungs- und Beschleunigungsprogramm sowie einer Hochschulreform will er den Freistaat fit für die Zukunft machen. Wir haben ihn dazu und befragt und mit ihm auch über seine neuen Aufgaben gesprochen.

**Politische Studien:** Herr Staatsminister, wir möchten heute mit Ihnen über den Wissenschafts- und Innovationsstandort Bayern sprechen. Mit der Hightech Agenda beschreitet Bayern seit 2019 einen einzigartigen Weg. Was unterscheidet Bayern hier von anderen Ländern?

**Markus Blume:** Wir hatten über einen ganz langen Zeitraum ein sehr robustes Wirtschaftswachstum und sind in Forschung und Entwicklung gut aufgestellt, aber das reicht nicht aus. Die Welt verändert sich. Wir haben disruptive Entwicklungen

und erleben einen neuen Systemwettbewerb um Technologien und Talente. Deswegen setzt der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder noch mehr auf Exzellenz und hat die Hightech Agenda mit einem Investitionsprogramm von 3,5 Milliarden Euro aufgesetzt. Allein das Volumen ist einzigartig in Deutschland und in Europa. Und wenn man dann in die einzelnen Technologiefelder geht, sieht man: Bayern macht alleine so viel, wie der Bund insgesamt, was leider einfach zu wenig ist. Viel hilft aber viel und wir müssen wirklich alle unsere Kräfte konzentrieren, um in diesen Feldern dabei zu sein.

**Was sind die besonderen Akzente aus der Hightech Agenda, die Sie sich vorgenommen haben? Was ist Ihnen besonders wichtig?**

Kernziel der Hightech Agenda ist, die besten Köpfe nach Bayern zu holen. Dazu werden eintausend neue Professuren an den bayerischen Hochschulen sowie 1.500 Stellen im Mittelbau eingerichtet. Das ist der größte Aufwuchs, den es je gegeben hat. Seit 2018 haben wir die Zahl der Professorenstellen um 18 Prozent und die

Mittelansätze für die Hochschulen in Bayern um 35 Prozent erhöht. Und das in einer Zeit, wo in anderen Ländern gekürzt wurde. Wir investieren, weil wir glauben, dass es auch eine Notwendigkeit ist, unsere Freiheit in der Zukunft zu schützen.

**Welche Forschungsaktivitäten und Themen sind für Sie ganz besonders wichtig? Welche Rolle spielen Medizintechnik und Umwelt?**

Man redet ja heute von SuperTech, was die Technologien von morgen und übermorgen betrifft. Die Künstliche Intelligenz mit ihren selbsterlernenden Algorithmen eröffnet ganz neue Möglichkeiten. Mit der Quantentechnologie entsteht der Computer von übermorgen. Und wichtig ist auch die Robotik. Das sind Querschnittstechnologien, die für alle Anwendungsfelder von entscheidender Bedeutung sind, zum Beispiel für Mobilität – Stichwort Autonomes Fahren –, Pflege – Stichwort Geriatrie – oder Medizin – Stichwort Personalisierte Medizin. Dazu kommen noch Luft- und Raumfahrt sowie Cleantech, also die Umwelttechnologien. Ich bin sehr begeisterungsfähig bei diesen Dingen.

**Leider zeigen Statistiken wie beispielsweise der Digitalisierungsindex DESI der EU-Länder auf, dass Deutschland bei den Digitalisierungsthemen regelmäßig hinterhinkt. Wie kann man da den Anschluss noch bekommen? Was braucht es dafür?**

Bei der Spitzentechnologie sind wir schon ziemlich gut dabei. Bei der Alltagsdigitalisierung haben wir noch Nachholbedarf. Man muss ja auch nicht gleich die Superlösung anstreben, die oft teuer ist und lange dauert. Deutschland wartet zum Beispiel seit zwanzig Jahren auf die digitale

Gesundheitskarte. Sie kann bis zum heutigen Tage nichts, und dann kommt noch der Datenschutz dazu. Wir wollen dafür sorgen, dass an unseren Hochschulen eine neue Art Gründergeist weht, es ein neues Mindset gibt, nämlich sich darauf zu konzentrieren, wie etwas gelingen kann, anstatt zu fragen, warum es nicht passieren darf.

**Das klingt nach einem Change-Ansatz, der wohl auch nötig ist. International ist Bayern auch ein Anziehungspunkt für**



Professorin Dr. Diane Robers ist Innovationsprofessorin und Leiterin der Akademie der Hanns-Seidel-Stiftung.

Quelle: HSS, Monika Zeiler

”

**Kernziel der Hightech Agenda ist, die BESTEN Köpfe nach Bayern zu holen.**





**Bayern ist eine der LEBENSWERTESTEN Regionen.**

**Forscher und Spitzenkräfte weltweit. Gibt es neben den guten Forschungsbedingungen noch weitere Gründe dafür?**

Bayern hat mit der Schönheit seiner Landschaft eine natürliche Anziehungskraft und ist eine der lebenswertesten Regionen. Zu dieser Attraktivität kommen exzellente Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen von Weltruf. Das lockt die Talente an und im Nachgang wiederum große Unternehmen wie beispielsweise Apple, Microsoft, Google oder Amazon, die hier Milliarden investieren. Wir haben ganz gezielt in den vergangenen Jahren die Exzellenz gestärkt.

**China und andere globale Player positionieren sich zunehmend bei der Übernahme von Technologieführerschaft. Was bedeutet das für uns, welchen Weg schlagen Sie vor?**

Wir müssen zwei Dinge tun. Erstens, mehr Ambitionen zeigen. Viele denken, es läuft von alleine ganz gut und wir brauchen uns nicht mehr anzustrengen. Das ist ein Fehler. Gerade die hochdynamischen Regionen der Welt wie Asien warten nicht auf andere. Das heißt, wir müssen immer einen Schritt schneller sein. Zweitens

mehr Selbstbewusstsein. Wir sind gut, in manchen Feldern sogar weltführend, aber zu bescheiden und reden zu wenig darüber. Ich habe neulich jemanden aus Kalifornien getroffen, der in Bayern in Luft- und Raumfahrt investieren will. Er meinte, dass im Bereich New Space nur zwei Regionen dafür in Frage kommen: Kalifornien und Bayern. Ich denke, das ist bei uns gar nicht bekannt. Also, etwas mehr Selbstbewusstsein bitte für das, was wir wirklich an Hochtechnologieunternehmen und an Forschung und Vielfalt in Bayern haben.

**Ist die Hochschulreform Teil der Anwerbekampagne und des Change-Prozesses?**

Das Hochschulgesetz findet über die Grenzen von Bayern hinaus Aufmerksamkeit, weil wir hier deutschlandweit ganz neue Wege gehen. Wir haben mit den Leuchtturm- und Exzellenzberufungen als weiteren Standard das Berufsrecht modernisiert. Mit den weltweit extrem kompetitiven Bewerbermärkten kann man heute keine monatelangen Ausschreibungen führen, sondern muss schnell sein. Also war einer der wesentlichen Aspekte, bei diesem Gesetz für mehr Agilität zu sorgen – im

Berufungsrecht wie übrigens auch beim Thema Bauen. Auch beim Bauen müssen wir schneller werden. Die bauliche Entwicklung hält leider nicht Schritt und auch das liegt am Verfahren. Deswegen sorgen wir dafür, dass die Hochschulen in Zukunft selbst bauen können. Das ist ein echter Paradigmenwechsel.

**Diese Reform wurde zu Beginn stark kritisiert. Was halten Sie den Kritikern entgegen? Dass man ein Changemanagement auch mal machen muss, neue Richtungen gehen, etwas wagen muss?**

Als Kritik habe ich die Sorge gehört, dass wir beispielsweise im geisteswissenschaftlichen Bereich kürzen wollen, was aber nicht der Fall ist. Die Hightech Agenda Bayern ist ein Programm zur Weiterentwicklung von Technik und Ethik. Bei modernen technischen Universitäten wie der TU München gehören inzwischen Geistes- und Sozialwissenschaften ganz selbstverständlich mit dazu. Ich sehe da keinen Gegensatz, sondern ein Miteinander. Wir fördern beides. Die Hightech Agenda sorgt dafür, dass ein Drittel der Stellen und Mittel gezielt auch an den geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich geht.

Eine andere Sorge war, dass wir wieder Studiengebühren einführen würden. Da sage ich ganz deutlich, das Studium in Bayern bleibt für deutsche Studenten und solche aus den EU-Mitgliedsstaaten weiterhin gebührenfrei, für internationale nicht mehr. Es kann ja auch nicht sinnvoll sein, dass wir mit bayerischem Steuergeld diese ausbilden, von denen Bayern dann aber nichts hat. Und nebenbei bemerkt: Die besten Hochschulen weltweit haben die höchsten Studiengebühren.

**Ihr Vorgänger hat diese Reform begonnen, welche dann ins Stocken kam. Sie kommen ins Amt und die Reform wird gleich verabschiedet. Wie haben Sie das geschafft?**

Indem ich den Schwung der neuen Möglichkeiten genutzt habe. Die Anfangseuphorie lag ja darin, dass die Hochschulen in die völlige Freiheit entlassen werden sollten. Das klang zunächst mal sehr spannend, bis die Universitäten und Hochschulen gemerkt haben, dass da ziemlich viel auf sie zukommt. Von daher hatte ich das Gefühl, die Hochschulleitungen waren sehr froh, als wir entschieden haben, bei den Governance Fragen



**Das Studium in Bayern bleibt für deutsche Studenten und solche aus den EU-Mitgliedsstaaten weiterhin GEBÜHRENFREI.**



Im Gespräch mit Staatsminister Markus Blume – Susanne Hornberger (r.) und Professorin Dr. Diane Robers (l.).

beim Bewährten zu bleiben und unsere Kraft auf die Felder zu richten, wo wirklich Innovation angebracht ist. Mir war wichtig, dass wir mit unserem neuen Hochschulgesetz nicht den Weg von Berlin oder von anderen Ländern gehen, die dann von Verfassungsgerichten beklagt wurden und wo Hochschulpräsidenten zurückgetreten sind. Unser Gesetz ist rechtssicher und innovativ.

Akkreditierungsverfahren für neue Studiengänge dauern oft zu lange. Agilität wäre daher sehr wichtig.

Agilität, Exzellenz und Innovation. Das sind die drei Schlüssel zum Erfolg.

Wäre dieser Dreiklang nicht auch ein Muster, um andere Dinge zu reformieren?

Das ist eine zukünftige Aufgabe, überall zu prüfen, wie man agiler werden und wie man innovative Ansätze setzen kann, zum Beispiel im Baurecht. Und natürlich auch bei unserem Anspruch in Bayern: Wie kann ich exzellent sein.

Das Thema Technologietransfer müssen wir noch vertiefen. Welchen Rahmen bietet hierfür das Hochschulinnovationsgesetz?

Der Transfer ist entscheidend. Wissenschaftliche Exzellenz und Erkenntnis müssen den Elfenbeinturm

der Wissenschaft auch verlassen. Alles, was wir im Bereich der Hochschulen machen, ist ja kein Selbstzweck, sondern muss gesellschaftsdienlich sein. Wissenschaftliche Erkenntnisse muss viel schneller in die Praxis und in der Gesellschaft diffundieren. Deswegen haben wir mit dem neuen Gesetz dafür gesorgt, dass Transfer und Gründung zu einer Aufgabe der Hochschulen und zu einer Dienstaufgabe der Professoren werden. Weiterhin bauen wir mit Gründerzentren an allen bayerischen Hochschulen und Technologietransferzentren im ganzen Land, auch gezielt in Regionen, wo kein Hochschulstandort besteht, die Infrastruktur aus. Diese Technologietransferzentren sollen in Kooperation mit den Hochschulen, örtlichen Unternehmen und der Kommune dafür sorgen, dass der Transfer in die Praxis gelingen kann. Das dient auch der Fachkräftesicherung.

Thema Fachkräfte. Das könnte in der Zukunft ein Problem werden.

Der Fachkräftemangel ist der größte limitierende Faktor für künftiges Wirtschaftswachstum. Das merkt ja heute jeder selbst, wenn er einen

Handwerker braucht. Der Mittelstand tut sich bereits schwer, Positionen in seinem Unternehmen zu besetzen. Und bei Spezialisten, zum Beispiel im IT-Bereich, ist bereits ein globaler Kampf um die besten Talente im Gange. Es fehlt überall. Und wir dürfen daher nicht nur auf „high end“ setzen. Wir benötigen in der ganzen Bandbreite sehr gut ausgebildete Menschen. Und da fehlt es nicht an unserem differenzierten Bildungssystem – das ist genau das Richtige dafür. Es mangelt einfach an genügend Menschen.

Wird man die duale Ausbildung wieder neu auflegen müssen?

Die duale Hochschule ist ein sehr wichtiger Ansatz, der gerade auch die beruflichen Bildungsansätze hervorragend ergänzt und sich in den vergangenen Jahren zu einem echten Markenzeichen entwickelt hat. Wir hatten im Wissenschaftsrat zur Frage der Vollakademisierung eine spannende Debatte. Ich halte nichts von einer immer weitergehenden Vollakademisierung und immer neuen Berufsfeldern. Das kann nicht der Weg sein, und deswegen geht Bayern diesen Weg nicht mit. Wir sehen bei-

„Alles, was wir im Bereich der Hochschulen machen, muss GESELLSCHAFTSDIENLICH sein.“



spielsweise im Bereich der Pflege, dass Studiengänge, die mit viel Geld aufgebaut wurden, nur zur Hälfte nachgefragt sind. Man muss also auch schauen, dass man hier nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems vorbei Angebote schafft.

**Themen wie Wissenschaftsstandort, Forschung und Innovation sind ja teilweise sehr komplex und nicht jedem verständlich. Wie kann man das den Menschen zielorientiert vermitteln, dass diese Themen für Bayern wichtig sind?**

Werbung und die entsprechende Kommunikation sind entscheidend. Themen wie Künstliche Intelligenz oder Quantencomputing sind so abstrakt, dass man ja fast ein Physik- oder Informatikstudium bräuchte, um zu verstehen, was da passiert. Der entscheidende Punkt ist deswegen die Übersetzungsarbeit, also die Erklärung zu liefern, warum das unser Leben in Zukunft besser macht. Technik per se ist ja nie gut oder schlecht, entscheidend ist, was der Mensch daraus macht. Und deswegen ist für uns ganz entscheidend, deutlich zu machen, was mit diesen neuen Technologien möglich ist. Warum wir mit diesen neuen Technologien unser Klima besser schützen

können, warum ich damit im Alter besser leben oder ich mich intelligenter fortbewegen oder man die Energiefragen der Zukunft auf ganz neuen Wegen lösen kann.

Wissenschaftliche Empirie und Rationalität sind keine Selbstläufer, die sich automatisch durchsetzen. Wir leben in einer Welt mit Informationsüberfluss und gleichzeitig nimmt die Fehlinformation zu. Wissenschaftskommunikation ist daher so wichtig wie nie. Deswegen ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass wir hier in den nächsten Jahren noch deutlich mehr investieren und zum Beispiel Orte schaffen, wo man diese Technologien erleben kann. Und dass es Plattformen für Debatten dazu gibt. Da fehlt es noch.

**Ja, die Menschen werden heute überfordert durch eine Informationsflut, aber auch durch die verschiedenen disruptiven Entwicklungen in der Welt. Wie kann man das auffangen und den Ängsten begegnen?**

Es bringt nichts zu theoretisieren, sondern man muss die Sehnsucht nach diesen neuen Welten und die Phantasie der neuen Möglichkeiten anregen. Deswegen spricht ja der Ministerpräsident auch davon, dass wir zu neuen Ufern aufbrechen. Und Technik wird immer dann akzeptiert, wenn sie unser Leben signifikant ver-

**Susanne Hornberger leitet die Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung.**

bessert. Wir haben in Deutschland zwanzig Jahre lang eine Debatte um die Schädlichkeit des Mobilfunks geführt. Seitdem Mobilfunkgeräte für jeden Bürger zum unverzichtbaren Begleiter im Alltag geworden sind, ist das kein Thema mehr. Mit der Lebensdienlichkeit kommt auch die Akzeptanz. Deswegen ist entscheidend: Nicht theoretisieren, sondern in die Praxis kommen.

**Dann lassen Sie uns doch praxisorientiert in die Zukunft schauen. Laut einer Studie der acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) werden künftige Wachstumsmärkte besonders von der industriellen KI, der medizinischen Biotechnologie und dem Quantencomputing**

**getrieben. Wo sind wir in Bayern in diesen Disziplinen führend?**

Überall. Die besondere Stärke Bayerns für die Digitalisierung liegt in seinem perfekten Standort. Die erste Welle der Digitalisierung, als die großen Plattformen entstanden sind, hat Bayern wie ganz Europa mangels Bewusstsein leider verschlafen. Aber in der zweiten Welle, welche jetzt Lebensbereiche wie Produktion, Mobilität, Energie und Gesundheit erfasst, haben wir beste Chancen. Denn wir haben beides: Wir haben die industrielle Produktionsstärke und inzwischen auch die digitalen Fähigkeiten am Standort Bayern zur Hand, ein Perfect Match also. Mit dem KI-Programm stärken wir wichtige Schlüs-



**WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION ist so wichtig wie nie.**



selfelder. Es gibt ein KI-Netzwerk Produktion, die KI-Mission Mobilität und die KI-Mission Gesundheit. Das ist der richtige Ansatz und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diesmal dabei sind.

**Wir würden gerne noch das Thema Innovationsökosysteme aufgreifen. Letztendlich geht es ja darum, aus der Technologiekompetenz heraus dann auch Märkte zu schaffen. Dazu gehören Fragen der Ansiedlung, der Finanzierung, aber auch des Zusammenwirkens verschiedener Stakeholder. Wie können wir da besser werden?**

Ein gutes Innovationsökosystem zeichnet aus, dass alles da ist: Technologie, Talente und Kapital. Der Boden in Bayern ist schon recht fruchtbar. Beim Thema Kapital haben wir noch Nachholbedarf, gerade gegenüber den Vereinigten Staaten. Dort wird jede neue Idee in unendlich viel Geld gebadet und deswegen gehen dort Ideen, die bei uns nie eine Finanzierung bekommen würden, am Ende auch auf. Diesen Wettbewerbsnachteil versuchen wir seit Jahren mit Bordmitteln, Bayernkapital und Beteiligungsprogrammen, auch mit einem ScaleUp-Fond, zu beheben, um das schnelle Unternehmenswachstum zu unterstützen. Woran es wirk-

lich fehlt, ist eine Regelung auf Bundesebene, die Anlagebedingungen für die großen Versicherungen, die Fraktionskassen so zu gestalten, dass auch sie sich in diesem Feld engagieren können. Das ist der Hauptunterschied zu den Vereinigten Staaten.

**Die Agentur für Sprunginnovationen wurde gegründet, um große Themen nach vorne zu bringen, was bislang nicht gelungen ist. Die derzeitige Bundesregierung hat nun die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation, DATI, als neues Förderinstrumentarium aufgelegt. Warum scheitern solche Förderinstrumentarien so häufig? Was müsste man anders machen?**

Das Beste an diesen Dingen ist oft nur der Name. Die Idee an sich ist gut, aber der Umsetzung fehlt oftmals die nötige Ambition. Silicon Valley ist deswegen so stark, weil es da ein unglaublich staatliches Engagement gibt, mit Förderprogrammen wie beispielsweise DARPA. Da stellt der Staat einen Milliardentopf hin, getrieben auch von der Verteidigungsindustrie, und dann können die Unternehmen, die Erfinder, die Gründer, die Universitäten etwas machen. Und bei uns gibt es diese Idee und dann stellt der Staat ein paar

“

**Ein gutes INNOVATIONSÖKOLOGISCHES SYSTEM hat Technologie, Talente und Kapital.**



Quelle: HSS, Monika Zeitler

**Technologie, Talente und Kapital – das zeichnet für Markus Blume ein gutes Innovationsökosystem aus.**

Milliöchen hin. Für die Größe dessen, was man dort eigentlich will, ist das einfach unterkritisch groß. Wir müssen bei diesen Dingen, wo es um die Zukunft geht, schauen, dass wir diesen Bereich von unterkritisch groß verlassen und wirklich kritische Masse schaffen.

**Das heißt auch Public Private Innovation als Akzent für die Zukunft?**

Definitiv. Ich habe keine Angst vor privatem Kapital, ganz im Gegenteil. Privates Kapital ist in der Regel ein sehr guter Indikator, ob etwas funktioniert oder nicht. Wenn jemand mit seinem eigenen Geld an den Start geht, ist das etwas ganz Anderes, und für das Hochbringen von Innovationen vielleicht der entscheidende Punkt.

**Wir würden gerne zwei Beispiele für das Zusammenwirken von Public und Private herausgreifen, wo es aus Bayern heraus gelungen ist: FamilienUnternehmerTUM unterstützt durch Susanne Klatten und der neue KI-Campus in Heilbronn zusammen mit der Dieter Schwarz Stiftung. Ist das der zukünftige Weg?**

Das, was in Heilbronn passiert ist, ist etwas, was es in Deutschland eigentlich gar nicht geben dürfte. Die Konstruktion, dass eine bayerische Universität, nämlich die TU München, außerhalb der eigenen Landesgrenzen quasi eine Filiale, einen Campus, eröffnet, ist wirklich spannend. Quasi exterritorial dort agiert und das Ganze wiederum mit privatem Kapital der Schwarz-Stiftung gesponsert wird. Am Ende ist es eine bayerisch-private Erfolgsgeschichte, die zeigt, wohin Kreativität führen kann.

**Sehen so Zukunftsmodelle aus?**

Ausprobieren kann nie verkehrt sein. In vielen Bereichen wären wir ohne privates Kapital tatsächlich aufgeschmissen oder es hätte Entwicklungen nie gegeben. Die Unternehmertum wäre heute nicht das erfolgreichste Gründerzentrum einer Universität in Deutschland, möglicherweise sogar in Europa, wenn am Anfang nicht auch signifikante Beiträge von Susanne Klatten und anderen gestanden wären.

**Öffentliche Hand und Innovationen: Treffen da zwei Welten aufeinander, oder wie könnte auch die öffentliche Hand selbst innovativer werden?**

Fakt ist, wir leben heute in der Zeit der denkbar größten Veränderung und die Geschwindigkeit dafür ist in allen Lebensbereichen sehr hoch. Institutionen sind dafür eigentlich nicht gemacht, denn die Geschwindigkeit, mit der Entscheidungen getroffen werden, hält vielfach nicht mehr Schritt mit der Entwicklung. Daher müssen wir in der Agilität des Staates in den internen Prozessen deutlich aufholen. Wir brauchen nicht nur ein Erneuerungsprogramm

für unsere Hochschulen, sondern müssen uns auch dringend der Frage stellen: Was macht einen modernen Staat aus?

**Stichwort moderner Staat: Bayern verfügt ja nicht nur über wissenschaftliche Exzellenz, sondern hat auch sehr viele kreative Kulturschaffende von Weltrang. Fakt ist auch, dass die Musiker hier in München zu wenig Räumlichkeiten haben, um sich entfalten zu können. Kultur ist aber auch ein wichtiger Bestandteil einer Stadt, die Menschen anzieht, wie man in Hamburg mit der Elbphilharmonie sieht. Hier im Werksviertel sollte eigentlich ein neuer Konzertsaal gebaut werden. Der Ministerpräsident hat jetzt aber aufgrund der steigenden Kosten eine Denkpause oktroyiert. Dürfen wir trotzdem noch Hoffnung haben, dass da was entstehen könnte?**

Es ist eine Pause zum und nicht vom Denken, die wir auch gut nutzen. Im Moment müssen wir mehrere Dinge zusammenbringen. Die Rahmenbedingungen der Welt haben sich in den vergangenen drei Jahren fundamental verändert. Die öffentlichen Kassen stehen nach der Coronakrise, mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, galoppierender Inflation, Wirtschafts-

“

**Die AUFGABE ist, dass wir unsere finanziellen Möglichkeiten mit den kulturellen Notwendigkeiten zusammenbringen.**

und Energiekrise am Anschlag. Der Staat muss sich erstmal auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Darüber hinaus führen wir in München im kulturellen Bereich nicht nur die Debatte über ein neues Konzerthaus, sondern sind auch eine Stadt reich an historischen Leuchttürmen, welche wir bewahren müssen, was ebenfalls viel kostet. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren steht hier ein Sanierungsprogramm von zweieinhalb Milliarden Euro an. Zudem hat München mit der Isarphilharmonie ja bereits einen sehr guten neuen Konzertsaal bekommen - für vergleichsweise wenig Geld. Die Aufgabe ist jetzt, dass wir unsere finanziellen Möglichkeiten mit den kulturellen Notwendigkeiten zusammenbringen.

**Stichwort Innovationen: Kann man da nicht auch im Kunstbereich mehr zulassen?**

Absolut. Das Deutsche Museum zum Beispiel hat gerade das Forum der Zukunft neu eröffnet. Mit vergleichsweise wenig Geld – 1,5 Millionen Euro – ist ein unglaublich kreativer, kraftvoller Ort entstanden, den man bespielen kann. Meine Aufforderung

an alle: Nicht warten, dass irgendwann die Milliarden investiert werden, sondern die Kraft der Kreativität nutzen, um sich Räume zu erobern und zu nutzen. Für den Kulturbereich ist es noch viel entscheidender, nicht auf Beton, sondern auf gute Ideen zu setzen. Deswegen sind sowohl Markus Söder als auch ich sehr begeisterungsfähig, wenn es darum geht, große Festivals zu etablieren. Ein Festival kann kulturell ein viel größeres Ausrufezeichen darstellen als irgendwo eine dicke Betonwand.

**Aber Kreativität muss auch ein Zuhause haben und die Miete zahlen können. In München ist es ja mit bezahlbaren Übungs- und kreativen Räumen nicht so gut bestellt. So kann ich aber keine Künstler an mich binden oder die Kreativität fördern. Gibt es da innovative Ideen?**

Bayern hat gerade in den vergangenen Jahren die Kultur nie alleine gelassen. In einer Zeit, in der sich andere aus der Kulturförderung zurückgezogen haben, haben wir sogar noch draufgelegt. Aber wir können nicht auch noch die Aufgaben der Kommunen übernehmen, um den kulturellen Boden vor Ort fruchtbar zu halten.

“

**In vielen Bereichen hätte es ohne PRIVATES Kapital Entwicklungen nie gegeben.**



Staatsminister Markus Blume sieht in München den kulturellen Leuchtturm Bayerns.

Das ist Aufgabe der Landeshauptstadt München. München ist Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer kulturellen Metropole aufgestiegen, weil es dort mit gezielter Stadtpolitik auch Anreize gab. Es gab beispielsweise Ateliers und Künstlerräume zu erschwinglichen Preisen. Das würde ich mir für heute auch wünschen, aber dieser Teil der kulturellen Infrastruktur liegt in der Verantwortung der Stadt.

**Wie wollen Sie den Kulturstandort München weiterentwickeln?**

München ist der kulturelle Leuchtturm in Bayern. Wir haben hier Spit-

zeninstitutionen. Das Staatsorchester mit der Staatsoper feiert im Januar 500. Geburtstag. Wir haben das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks, wir haben eine unglaublich kreative freie Szene. Nochmal: Wir fördern in der ganzen Bandbreite. Erstmals auch die freie Szene, mit einem Neustartprogramm, was wir jetzt auch in der Zukunft verlängern werden. Und gleichzeitig stehen wir verlässlich an der Seite der großen Kulturinstitutionen.

**Lassen Sie uns weiter in die Zukunft schauen. Wie sieht der Freistaat in zehn Jahren aus? Welche Akzente wollen Sie setzen?**

„Wir fördern in der GANZEN Bandbreite.“

Wir sollten uns die geistige Offenheit bewahren, auf die Stürme der Zeit richtig reagieren zu können. Niemand hätte sich vorstellen können, dass wir jemals wieder Krieg in Europa erleben. Genauso wenig wissen wir, was in zwei oder drei Jahren sein wird. Deswegen ist die wichtigste Politik im Feld von Wissenschaft und Kultur, den Boden allzeit fruchtbar zu halten. Ich bin der festen Überzeugung, Wissenschaft und Kultur sind so etwas wie die Lebensversicherung in einer freiheitlichen Gesellschaft. Und deswegen ist jeder Euro, den wir hier investieren, auf der einen Seite ein Euro in die Zukunft, und auf der anderen Seite auch ein Euro für unsere Freiheit.

Herr Staatsminister, herzlichen Dank für das spannende Gespräch.

Das Interview führten Susanne Hornberger, Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, und Professorin Dr. Diane Robers, Innovationsprofessorin und Leiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



Im Video: Staatsminister Markus Blume zum Wissenschafts- und Innovationsstandort Bayern

<https://youtu.be/w9vf5-HswCQ>



/// Einführung

## BÜRGERLICHE MITTE UND DEMOKRATIE

**SUSANNE SCHMID** /// Die Mittelschicht galt lange Zeit als zentraler Maßstab. Der Aufstieg dorthin war das Wohlstandsversprechen des Wirtschaftswunders. Bisher war eine breite Mittelschicht ein Garant für eine stabile Demokratie. Doch wer ist diese Mitte der Gesellschaft und wohin steuert sie in Europa und Deutschland? Basiert die Zustimmung zur Demokratie tatsächlich bei vielen auf dem Wohlstandsversprechen, das sie mit dieser Staatsform verbinden? Geht mit dem Abstieg der Mittelschicht der Aufstieg von Populisten einher? Wie können Union und Europäische Volkspartei die bürgerliche Mitte zurückgewinnen?

Eine starke Mittelschicht ist das wirtschaftliche und soziale Rückgrat der bürgerlichen Gesellschaft. Die Mitte bildet das Bindeglied, das die Gesellschaft zusammenhält. Doch erleben viele Menschen in Deutschland aktuell eine Erosion sicher geglaubter Gewissheiten. Das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft ist brüchig geworden. Pandemie, Krieg und Inflation verstärken diesen Bruch. Die Krisen und der Wohlstandsverlust werden auch in der Mitte der Gesellschaft spürbar. Zu-

nehmende Verunsicherung und die Angst vor sozialem Abstieg haben die Mittelschicht erfasst. Diese Entwicklung ist alarmierend, denn die Mittelschicht gilt als Garant für politische Stabilität und erbringt durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Konsum einen Großteil des Wirtschaftswachstums. Zudem ist eine Gesellschaft mit einer breiten Mitte weniger anfällig für politischen Extremismus. Sind sozialer Zusammenhalt und Wohlstand in Deutschland gefährdet?



Demokratie braucht eine starke Bürgerliche Mitte.

Die Mittelschicht ist das wirtschaftliche und soziale Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Doch diese Wechselbeziehung steht vor Bewährungsproben. Die disruptiv wirkenden Trends Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und De-Globalisierung können zu einer Bedrohung für die Mittelschicht werden. Die Corona-Pandemie hat den Strukturwandel in vielen Bereichen bereits beschleunigt. Der demo-

grafische Wandel geht mit dem Risiko einher, dass – erstmals in der Nachkriegsgeschichte – die nachfolgenden Generationen im Vergleich zur Elterngeneration mit Wohlstandseinbußen rechnen müssen. Ferner können die Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft das Aufstiegsversprechen immer weniger einlösen. Beispielhaft hierfür stehen dauerhaft prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Vererbung von Armut oder fehlende Leistungsanreize im Steuer- und Transfersystem.

Wie steht es um die Mittelschicht in Deutschland? Die Mitte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Sie erbringt den Großteil des Steueraufkommens und trägt somit wesentlich zur Handlungsfähigkeit des Staates bei. Die Mittelschicht mag in

**Eine breite MITTELSCHICHT ist der Garant für politische Stabilität.**

Deutschland einkommensmäßig relativ stabil sein, mit Blick auf die Teilhabe an der Entwicklung der Vermögen ist sie es nicht. Trotz einer hohen Sparquote fällt die deutsche Mitte bei der Vermögensbildung immer weiter zurück. Im EU-Vergleich hat Deutschland eine der höchsten Steuer- und Abgabenlasten und gleichzeitig die niedrigste Eigentumsquote. Ist dies gerecht? Dieser Frage widmet sich eine von der Hanns-Seidel-Stiftung beim ifo-Institut in Auftrag gegebene dreiteilige Studie, die demnächst erscheint.

Die Mitte bildet das Fundament einer Demokratie und trägt die Lasten der Gesellschaft, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Eine breite und stabile Mittelschicht fördert das Vertrauen in demokratische Institutionen, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhöht die Bereitschaft des Einzelnen, sich politisch und gesellschaftlich einzubringen. Gesellschaftliche Spaltungstendenzen werden dadurch eingedämmt und die aktuellen, globalen Herausforderungen lösbarer. Doch bekommt die Mitte in Deutschland und Europa die Aufmerksamkeit und Anerkennung, die sie eigentlich verdient? Was erwartet die Mittelschicht von der Politik? Durch wen sieht sie sich am besten vertreten?

Eine Analyse der Bürgerlichen Mitte in Europa und der ihr nahestehenden Parteienfamilie soll hierüber Aufschluss

**Die Mitte als tragendes Fundament wird EUROPAWEIT benötigt.**

geben. Die zentralen Fragen lauten: Wohin steuert die Bürgerliche Mitte in Europa? Wie kann die Europäische Volkspartei (EVP), basierend auf ihren Kernkompetenzen Sicherheit, Wohlstand und Gemeinschaft, wieder zu alter Stärke zurückfinden? Welche Erfolgsmodelle gibt es in der Parteienfamilie bereits? Für die Bürgerliche Mitte ist Europa Friedensgarant, Wohlstandsmotor und Wertegemeinschaft. Die EVP ist die bürgerliche DNA der europäischen Idee. In den vergangenen Jahren hat sie jedoch starke Wahlverluste erlitten: Nur noch 7 von 27 EU-Mitgliedsstaaten haben eine EVP-geführte Regierung. Markus Ferber, MdEP, verdeutlicht in seinem Beitrag, dass die EVP zwar auf einem gemeinsamen Werte- und Weltanschauungsfundament steht, gleichzeitig aber auch auf der Akzeptanz von Vielstimmigkeit und Pluralismus beruht.

Dies reflektiert auch die Zusammensetzung aus 81 Parteien und Partnern in 43 Ländern. Erfolgreiche EVP-Parteien zeichnen sich demnach dadurch aus, dass sie ein breites Spektrum an gesellschaftlichen Milieus und politischen Strömungen integrieren. Ihre Politik verschafft den Menschen einen Mehrwert vor Ort. Wahlverluste in der EVP-Familie erklären sich aus einem Zusammenspiel singulärer und struktureller Faktoren. Eine große Rolle spielt dabei die Erosion traditioneller kirchengebundener Milieus mit langfristiger Parteibindung. Ferber kommt zu dem Schluss: „Um die Herausforderungen einer globalisierten Welt und disruptiver Transformationen bewältigen zu können, braucht es neben dem Festhalten an Bewährtem auch den Mut zur Veränderung und näher am Menschen zu sein. [...] Parteien der bürgerlichen Mitte, die

gleichermaßen für Traditionsbewusstheit und Weltoffenheit stehen und in einer globalisierten und immer komplexer werdenden Welt Orientierung bieten und Identität stärken, haben nicht nur eine stolze Geschichte, sondern auch eine erfolgreiche Zukunft vor sich.“

Im Anschluss an die Betrachtung der Bürgerlichen Mitte in Europa wird deren Situation in Deutschland analysiert. Gerhard Hirscher beantwortete in seinem Beitrag die Kernfragen: Wer ist heute und in Zukunft die Mitte in Deutschland? Durch wen fühlt sie sich vertreten? Die Wahlforschung kommt mittels Links-Rechts-Skala zu dem Ergebnis, dass sich die übergroße Mehrheit der Wählerschaft seit vielen Jahren in der politischen Mitte verortet, in Bayern sogar über 63 Prozent. Auch aus wirtschaftlicher Perspektive bestätigt sich die Selbst- und Fremdeinschätzung, dass ein Großteil der Bevölkerung zur Mittelschicht gehört und die Mitte insgesamt stabil ist. Lediglich die politische Stabilität der Mitte wird sozialwissenschaftlich mitunter in Frage gestellt.

**Die übergroße Mehrheit der WÄHLER sieht sich in der politischen Mitte verortet.**

Die Parteienforschung zeigt auf, dass sich die politische Mitte in den letzten 30 Jahren verdichtet hat und auch längerfristig von mehreren Parteien besetzt werden wird. Die Wählerschaft verortet die wichtigsten Parteien dabei näher an

der Mitte, als die Parteien sich selbst. Mit Blick auf die Union käme ein Kurs der programmatischen Mitte bei der breiten Mehrheit der Wählerschaft besser an als bei den Mitgliedern, so Hirscher. Aufgrund abnehmender christlicher Religiosität und Kirchenbindung in der Gesellschaft dürfte die Berufung auf das „C“ immer weniger Menschen ansprechen.

Grundsätzlich muss die politische Mitte beharrlich beweisen, dass sie in der Demokratie der überzeugendste Träger der Politik ist. Um erfolgreich zu sein, müssen sich die Parteien der Mitte fachlich breit aufstellen und ihre Kompetenz in möglichst vielen Feldern glaubwürdig demonstrieren. Auch in Zukunft wird die Mitte ein pluralistisches Meinungsbild aufweisen. Das Resümee des Autors: „Die politische Mitte blieb der zentrale Akteur der deutschen Politik. Damit dies auch so bleibt, muss diese Mitte weiter gestärkt werden – und die parteipolitischen Akteure müssen die gegebenen Instrumente zur Stärkung dieser Mitte nutzen und partiell erweitern.“

Wie definiert sich die „Bürgerliche Mitte“? Welchen Einfluss hatte die Ära Merkel auf dieses Milieu? Welche Themen beschäftigen die Mitte aktuell und wohin steuert sie? Alex Dorow, MdL, nähert sich der Bürgerlichen Mitte über den Zielgruppen-Ansatz der „Sinus-Milieus“. Er definiert die Bürgerliche Mitte demnach als „den leistungs- und anpassungsbereiten Mainstream, der nach beruflicher und sozialer Etablierung strebt und gesicherte und harmonische Verhältnisse möchte“. Vom Sinus Institut wird die Bürgerliche Mitte aktuell als „Nostalgisch-Bürgerliches-Milieu“ geführt. Zunehmend sieht sich dieses Milieu jedoch mit Überforderung,

Abstiegssängsten und dem gefühlten Verlust gelernter Regeln und Gewissheiten konfrontiert.

Dorow führt den Identitätsverlust und die zunehmende Verunsicherung der Bürgerlichen Mitte auf das Erbe der Ära Merkel zurück. Er geht davon aus, dass wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, Energieengpässen und steigender Inflation Verunsicherung, Überforderung und Abstiegssängste der Bürgerlichen Mitte weiter zunehmen werden. Aufgrund des häufig inkompatiblen Wertgefüges wird es auch weiterhin Konflikte mit den Generationen Y und Z geben. Dorow veranschaulicht die aktuellen Einstellungen der Bürgerlichen Mitte anhand der Themen Bundeswehr, Flüchtlinge, Nachhaltigkeit, Gleichstellung und Altersarmut. Mit Blick auf die Parteienlandschaft schließt er: „Zurück bleibt aktuell ein in Teilen gespaltenes Milieu, was sich auch in den ständig gesunkenen Wahlergebnissen der Union der vergangenen Jahre ausdrückt. [...] Es bleibt zu hoffen, dass die politische wie gesellschaftliche Vernachlässigung dieses Milieus der vergangenen Jahre in absehbarer Zeit nachlässt und wieder zu mehr Stabilität in der Gesellschaft beiträgt.“

Eine Politik für die Mitte ist die richtige Antwort auf die vielfältigen Krisen unserer Zeit, weil die Mittelschicht entscheidend für die sozioökonomische

und politische Stabilität unserer Gesellschaft ist. Die Mitte trägt diesen Staat, öffentliche Güter werden von ihr finanziert. Die Politik sollte der Mittelschicht daher wieder mehr Anerkennung, Aufmerksamkeit und Vertrauen entgegenbringen und sie bei politischen Entscheidungen genauso berücksichtigen wie die Schwächsten oder Stärksten der Gesellschaft. Demokratie braucht eine starke Bürgerliche Mitte. Nur so können gesellschaftliche Spaltungstendenzen verhindert und die aktuellen Problemlagen bewältigt werden. ///



/// DR. SUSANNE SCHMID

ist Leiterin des Referats Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

**Die derzeitigen Verwerfungen und Entwicklungen VERUNSICHERN die Bürgerliche Mitte.**

/// Die Bürgerliche Mitte in Europa

## WOHIN STEUERT SIE?

**MARKUS FERBER ///** Die Europäische Volkspartei (EVP) ist traditionell eng mit dem europäischen Gedanken verflochten, ihre politischen Schwerpunkte – Sicherheit, Wohlstand und Gemeinschaft – sind Teil der europäischen DNA. In den vergangenen Jahren hat sie jedoch an den Wahlurnen an Stärke eingebüßt: Nur noch 7 von 27 EU-Mitgliedsstaaten haben eine EVP-geführte Regierung. Zeit zu rekapitulieren, wie es programmatisch um die Parteienfamilie in der EU und in den Mitgliedsstaaten bestellt ist und wie sie auf dem Fundament ihrer Kernkompetenzen wieder zu alter Stärke zurückfinden kann.

### Die bürgerliche DNA der europäischen Idee

Politische Standortbestimmungen gestalten sich traditionell schwierig. Davon zeugen auch die unzähligen Streitgespräche und Debatten darüber, wo nun das „bürgerliche Lager“ oder die „politische Mitte“ genau zu verorten seien. Gerade die Volksparteien tragen zu dieser Verwirrung oftmals bei, da sie auf

einem breiten gesellschaftlichen Fundament fußen und in konservativen, aber auch christlichen und liberalen Milieus und Weltanschauungen verwurzelt sind. Daraus ergibt sich dann zwar keine programmatische Beliebigkeit, wohl aber eine Vielstimmigkeit, die eine einfache Verortung erschwert.

Mit Blick auf Europa lässt sich diese Frage jedoch leichter beantworten, denn





Quelle: iStock.com/Wellmac

Das Europäische  
Parlament in Brüssel –  
Sitz der EVP-Fraktion.

### **Vielstimmigkeit erschwert die politische STANDORTBESTIMMUNG der Parteien.**

die Bürgerliche Mitte und das europäische Projekt sind untrennbar miteinander verbunden. Schließlich waren es gerade Christdemokraten, die nach dem Zweiter Weltkrieg den Grundstein für die europäische Integration legten. Der Schuman-Plan von 1950, der 1952 in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden mündete, bildete den ersten Meilenstein für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Während die politische Linke dem Projekt skeptisch gegenüberstand, kämpften Staatsmänner aus dem bürgerlichen Lager wie Robert Schuman in Frankreich sowie Konrad Adenauer und Josef Müller, einer der Mitbegründer der CSU, in Deutschland für die Montanunion. Für sie waren Friede und Wohlstand untrennbar miteinander verbunden. Vor diesem Hintergrund darf die Montanunion nicht allein auf eine rein wirtschaftliche Gemeinschaft reduziert werden. Vielmehr sollte sie die „Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind“<sup>1</sup>, sprich: Frieden im Herzen Europas schaffen und erhalten.

Erst auf dem Fundament dieses Friedensprojekts konnten wirtschaftlicher Wohlstand und Innovationskraft in Eu-

ropa gedeihen. So hat sich in den vergangenen 20 Jahren das durchschnittliche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der EU-27 nahezu verdoppelt, in einigen der ärmeren Mitgliedsstaaten sogar verzehnfacht. Alleine der europäische Binnenmarkt weist ein Bruttoinlandsprodukt von 15 Billionen Euro auf und hat in der EU 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.<sup>2</sup>

Für die Bürgerliche Mitte ist Europa jedoch nicht nur Friedensgarant und Wohlstandsmotor, sondern auch eine Wertegemeinschaft, deren Mitglieder das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilen. Eine Gemeinschaft, die, ganz im Sinne der Subsidiarität, Vielfalt und regionale Identität fördert und bewahrt. Franz Josef Strauß berühmtes Idiom „Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft“ verweist auf diese Balance zwischen Einheit und Vielstimmigkeit.<sup>3</sup>

### **Für die Bürgerliche Mitte ist EUROPA Friedensgarant, Wohlstandsmotor und Wertegemeinschaft.**

Frieden, Prosperität und Zusammenhalt sind summa summarum die drei großen Versprechen, die die Bürgerliche Mitte im Rahmen der europäischen Integration ins Zentrum gerückt hat und für die die Europäische Volkspartei als Parteifamilie der Bürgerlichen Mitte in Europa noch heute steht. Diese Versprechen bedürfen jedoch auch einer

ständigen Erneuerung und sie werden durch aktuelle Entwicklungen herausgefordert.

### Die Bürgerliche Mitte in einem Europa der Disruption und Krisen

So ist gerade das Thema Sicherheit nach dem 24. Februar 2022 wieder deutlich präsenter in der öffentlichen Debatte. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns gezeigt, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist und unsere Sicherheitsarchitektur einer Stärkung bedarf. Im Kontext der Krise zeigen sich darüber hinaus auch viele Menschen zunehmend besorgt gegenüber hybriden Bedrohungen. Dies spiegelt auch eine Umfrage des Branchenverband Bitkom wider, nach der 75 Prozent der Befragten im Kontext des Konflikts mit Russland Cyberattacken gegen die Bundesrepublik fürchten.<sup>4</sup> Doch nicht nur das Putin-Regime in Moskau stellt eine Gefahr für unsere europäische Sicherheit dar: Wir sind auch von einem „ring of fire“<sup>5</sup> aus instabilen Staaten in unserer europäischen Nachbarschaft umgeben und Herausforderungen wie transnationale Strukturen organisierter Kriminalität, Terrorismus und illegale Migration machen in unserer globalisierten Welt schon lange nicht mehr an unseren Grenzen halt.

Diese Gleichzeitigkeit an Krisen verlangt nach einer koordinierten Antwort und einer handlungsfähigen Union. Vor diesem Hintergrund setzt sich auch die Europäische Volkspartei für eine Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein und bekennt sich zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Durch eine verbesserte Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten soll die Rüstungsbeschaffung innerhalb der EU effizienter und kostengünstiger gestaltet

und einer Fragmentierung der Kapazitäten durch Pooling und Sharing begegnet werden. Darüber hinaus baut die EVP auch auf strategische Partnerschaften mit internationalen Organisationen und den Staaten in der europäischen Nachbarschaft, um Terrorismus zu bekämpfen, den Grenzschutz zu verbessern und illegale Migration einzudämmen. Insbesondere der Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex kommt in diesem Kontext eine tragende Rolle zu.<sup>6</sup>

Auf Ebene der inneren Sicherheit hat sich die EVP darüber hinaus erfolgreich für ein stärkeres Mandat von EURO-POL eingesetzt. Als Resultat wurden die Kompetenzen der Polizeibehörde im Februar 2022 erweitert, um künftig sexuellen Kindesmissbrauch und Terrorismus noch effektiver bekämpfen zu können.<sup>7</sup> Weitere Prioritäten sind die Be-

**Die EVP setzt sich für eine STÄRKUNG der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.**

kämpfung der organisierten Kriminalität durch eine bessere intraeuropäische Vernetzung der Polizeibehörden und ein härteres Vorgehen gegen Geldwäsche, Korruption, dem illegalen Handel mit Waffen sowie die Finanziere terroristischer Gruppierungen. Nicht zuletzt soll die EU zudem auch im Bereich der Cybersecurity ertüchtigt werden.<sup>8</sup>

Für viele Menschen ist der Begriff der Sicherheit allerdings mehrdimensional

und umfasst die soziale Sicherheit ebenfalls. Und gerade hier zeigen sich besorgniserregende Entwicklungen. So lag die Inflationsrate in Deutschland im September 2022 auf einem Rekordniveau von +10 Prozent. Bereits im Juni waren die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr um 38 Prozent gestiegen und auch bei ihren Lebensmitteleinkäufen müssen Verbraucher bei einem Anstieg um fast 13 Prozent tiefer in die Tasche greifen.<sup>9</sup> Egal, ob die Arbeitnehmerin im ländlichen Raum, die sich ihre Tankrechnung kaum mehr leisten kann, oder junge Familien, deren Traum vom Eigenheim nicht mehr finanzierbar ist: Die negativen Folgen der Geldentwertung sind längst in der arbeitenden Bürgerlichen Mitte angekommen. Darüber hinaus wecken Globalisierung, Digitalisierung und Automatisierung bei vielen Menschen die Angst, in einem globalisierten wirtschaftlichen Wettbewerb nicht mehr bestehen zu können. Das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft – sozialer Aufstieg über die Generationen durch Anstrengung und Arbeit – droht, an Bindekraft zu verlieren.

Um die aus der Covid-Pandemie resultierenden Verwerfungen sowie die digitale und ökologische Transformation zu bewältigen, setzen vor allem linke und grüne Regierungen auf dirigistische Ansätze anstatt Anreizsetzung und Innovationsförderung. Was dies im Sinne einer generations- und enkelgerechten Politik für unsere Nachkommen bedeutet, wird dabei ausgeblendet. Die Europäische Volkspartei als Vertreterin der Bürgerlichen Mitte bekennt sich daher zur fiskalpolitischen Stabilität, denn nur so können wir sowohl auf wirtschaftspolitische Schockerlebnisse in der Gegenwart wie etwa die Covid-19-Pandemie gezielt reagieren als auch der Ver-

antwortung gegenüber unseren Nachkommen gerecht werden. Ganz konkret bedeutet dies auch, dass eine Aufweicheung des Stabilitätspakts, eine Verge-meinschaftung von Schulden und eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Zentralbank abzulehnen ist.<sup>10</sup>

Eines dürfen wir zudem nicht vergessen: Auch in unserer globalisierten Welt ist Politik in erster Linie lokal und wird danach bewertet, ob sie einen Mehrwert vor Ort schafft. Von einer bürgerlichen Partei der Zukunft – das wird mir als Europaparlamentarier in Gesprächen auch immer wieder gespiegelt – wünschen sich die Bürger, dass sie Chancengleichheit fördert und Rahmenbedingungen schafft, damit unser Wirtschaftsstandort auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

EU-geförderte Projekte wie „Digitalkompetenz@Bayrisch Schwaben“ an der Hochschule Neu-Ulm, im Rahmen derer sich der Mittelstand in meinem Wahlkreis über das Potenzial disruptiver Technologien informieren kann, zeigen exemplarisch auf, wie die Politik ein innovationsfreundliches Umfeld schaffen und individuelles Unternehmertum fördern kann.<sup>11</sup> Auf der individuellen Ebene gilt dies gleichermaßen: So werden beispielsweise junge Auszubildende des bayerischen Handwerkes durch ein Stipendium des EU-Programms Erasmus+ unterstützt, wenn sie berufliche Erfahrungen im Ausland sammeln und

**Politik muss für die Menschen einen MEHRWERT vor Ort schaffen.**



dort neue Arbeitstechniken erlernen möchten.<sup>12</sup>

Was diese beiden Maßnahmen eint: Sie schaffen Chancen, die direkt bei den Menschen ankommen. Dieses „Möglich-machen“ müssen wir als Volkspartei der bürgerlichen Mitte wieder stärker akzentuieren. Daran erkennen die Bürger am deutlichsten, wie wir uns von den linken Parteien unterscheiden. Denn diese wollen eben gerade nicht Rahmenbedingungen für Eigenverantwortung schaffen, sondern setzen vielmehr auf einen allmächtigen und allgegenwärtigen Staat. Und auch in einer weiteren Hinsicht kristallisiert sich an dieser Stelle die Abgrenzung zum linken Lager heraus: Die Perspektiven, die wir eröffnen, dürfen nicht auf Kosten der kommenden Generationen gehen. Stattdessen denken wir diese konsequent mit, etwa indem wir die Grundlagen für die erfolgreiche Bewältigung der digitalen Transformation schaffen.

Doch diese Ziele können wir nur erreichen, wenn unsere Gesellschaft auch nach innen stark ist. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stellten die Krisen der vergangenen Jahre jedoch einen Stresstest dar. So haben Populisten und Demagogen die Ängste von Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg instrumentalisiert, um unser demokratisches Grundwasser zu vergiften. Die Corona-Pandemie hat uns einmal mehr nachdrücklich gezeigt, wie leicht im Netz Verschwörungsnarrative und Desinformation auf einen fruchtbaren Boden fallen. Vertreter unseres Staates und unserer Einsatzkräfte wurden verunglimpft und bedroht, sowohl digital wie auch von Angesicht zu Angesicht. Auf den so genannten „Spaziergängen“ entlud sich die Verachtung gegenüber unseren demokratisch gewählten Volksver-

tretern und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bisweilen aufs Schlimmste.

Die Pandemie hat unsere gesellschaftlichen Verwundbarkeiten in ihrer extremsten Form offengelegt, doch die zugrundeliegenden Problemlagen sind nicht neu. In einer „Gesellschaft der Singularitäten“<sup>13</sup> stellen wir uns immer öfter die Frage, was unsere Gemeinschaft noch im Innersten zusammenhält und welche Werte wir teilen. Gerade im ländlichen Raum in Bayern stellen Vereine und Brauchtumpflege noch ein Bindeglied zwischen den verschiedenen sozialen Milieus dar, doch auch hier sehen wir mancherorts, wie es schwerer wird, für das ehrenamtliche Engagement Freiwillige zu finden.

Insbesondere für die bürgerliche Mitte stellen diese Entwicklungen eine Herausforderung dar, schließlich ist die Zivilgesellschaft und der vorpolitische Raum immer auch ihr Gravitationszentrum gewesen. Umso wichtiger ist es, in dieser heterogener werdenden Gesellschaft all denen eine starke Stimme zu geben, die ihre Werte teilen. In den vergangenen Jahrzehnten ist unser Land vielfältiger geworden. Vor diesem Hintergrund müssen wir daher stärkere Anstrengungen unternehmen, Menschen mit Migrationshintergrund zu überzeugen, dass auch sie in der bürgerlichen Mitte eine politische Heimat finden können.

#### **Erfolgsmodelle für die Bürgerliche Mitte?**

Auch wenn die Europäische Volkspartei auf einem gemeinsamen Werte- und Weltanschauungsfundament baut, fußt der europäische Grundgedanke gleichzeitig auf der Akzeptanz von Vielstimmigkeit und Pluralismus. Dies reflek-

tiert auch die Zusammensetzung der Parteienfamilie, die 81 Parteien und Partner in 43 Ländern umfasst.<sup>14</sup> Sie decken zusammen ein breites Spektrum ab, das von christdemokratischen Parteien, wie wir sie vor allem noch in den Benelux-Ländern finden, über dezidiert liberale Parteien, bis hin zu (national-)konservativ geprägten Vertretern der Parteienfamilie in Mittel- und Osteuropa reicht. Nicht zuletzt gibt es aber auch traditionelle Volksparteien wie die Österreichische Volkspartei oder die CSU, die sich weltanschaulich aus allen drei Wurzeln – der christlichen, liberalen und konservativen – gleichermaßen speisen.

#### **Die EUROPÄISCHE Parteienfamilie spiegelt Vielstimmigkeit und Pluralismus wider.**

Bei aller weltanschaulichen Grundverortung orientiert sich die Bürgerliche Mitte immer auch an den Bedürfnissen der Menschen und diese fallen naturgemäß von Ort zu Ort unterschiedlich aus. So bietet das Thema Migration mehr Mobilisierungspotenzial in Athen als in Amsterdam oder Aarhus, um an dieser Stelle nur ein Beispiel zu nennen. Diese unterschiedlichen Gemengelagen sorgen dafür, dass auch die inhaltlichen Akzentuierungen und Prioritäten der EVP-Parteien in den Mitgliedsstaaten Unterschiede aufweisen.

Wirft man einen Blick auf den Erfolg der Parteien an der Wahlurne, ergibt

sich ein ambivalentes Bild. Aktuell regiert die EVP in zehn Staaten, davon sind mit Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Rumänien und Zypern sieben Teil der Europäischen Union. Im EU-Parlament ist die EVP-Fraktion zwar immer noch die stärkste Kraft, musste bei den vergangenen Wahlen aber auch Stimmverluste hinnehmen.<sup>15</sup>

In diesem Zusammenhang ist es auch instruktiv, einen genaueren Blick auf die Wahlverlierer in der EVP zu richten, deren Niedergang sich aus einem Zusammenspiel singulärer und struktureller Faktoren erklärt. Die Erosion traditioneller kirchengebundener Milieus mit langfristiger Parteibindung stellt für die Bürgerliche Mitte generell eine große Herausforderung dar. Besonders prägnant illustriert das Beispiel der Christdemokratie in den Benelux-Staaten diese Dynamik: Waren die dortigen Gesellschaften historisch von einer starken konfessionellen Versäulung geprägt, büßte diese Konfliktlinie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sukzessive an Bedeutung ein. Im Zuge der Säkularisierung verloren Themen wie Abtreibung, Sterbehilfe und die gleichgeschlechtliche Ehe, die früher unten den konservativen Wählern eine hohe Mobilisierungskraft besessen hatten, zudem an gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Der Aufstieg einer populistischen Konkurrenz von rechts erschwerte die Situation zusätzlich.<sup>16</sup>

Doch auch singuläre Faktoren trugen zum Niedergang bei. Die einst so stolze *Democratia Cristiana*, die dominierende politische Kraft Italiens nach dem Zweiten Weltkrieg, stolperte etwa am Ende in den 1990er-Jahren über sich selbst, als im Rahmen des Tangentopoli-Skandals korrupte Verstrickungen ih-



rer Mandatsträger aufgedeckt wurden.<sup>17</sup> Neueren Datums ist der Bedeutungsverlust der Les Républicains in Frankreich, deren Kandidatin Valérie Pécresse bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen nur noch als Fünftplatzierte abschnitt. Einzelne Skandale hatten das Bild der Partei in der Öffentlichkeit schon vorher eingetrübt, doch als fatal erwiesen sich Abwanderungsprozesse der ehemals konservativen Stammwählerschaft. Von jenen profitierte sowohl Macron, der vor allem bei der liberalen und wohlhabenderen bürgerlichen Mitte auf Resonanz stieß, wie auch Marine le Pen, die erfolgreich um die Stimmen konservativer Wähler mit wirtschaftlichen Abstiegsängsten warb. Diese weltanschauliche Zersplitterung des Elektorsats spiegeln auch Flügelkämpfe innerhalb der Partei wider und verhindern, dass sie zur Ruhe kommt und auf der Grundlage ihrer immer noch starken kommunalen Verwurzelung einen Neuanfang wagen kann.<sup>18</sup>

### Ein Zusammenspiel singulärer und struktureller Faktoren bewirkte WAHLVERLUSTE in der EVP-Familie.

Gleichzeitig existieren aber auch EVP-Parteien wie die griechische ND und die kroatische HDZ, die sich in den vergangenen Jahren als besonders erfolgreich erwiesen haben. Ihnen ist es gelungen, ein breites Spektrum an gesellschaftlichen Milieus zu integrieren. Beide weisen sowohl einen ländlich-konservativen wie auch urban-kosmo-

politischen Flügel auf. Die Parteiführung hat allen Strömungen Raum gegeben und dadurch Konflikte zwischen ihnen begrenzt. Vor diesem Hintergrund konnte sich die Heterogenität innerhalb der Partei von einem Malus hin zu einem Wettbewerbsvorteil entwickeln, mit den Themen innere Sicherheit, Prosperität und Migrationsmanagement als verbindende Brücke zwischen den Flügeln und Wählerschichten.<sup>19</sup>

### Fazit

Der Kompass der Europäischen Volkspartei, der sich entlang der Pole Sicherheit, Prosperität und Gemeinschaft ausgerichtet, weist in die richtige Richtung. Aber: Um die Herausforderungen einer globalisierten Welt und disruptiver Transformationen bewältigen zu können, braucht es neben dem Festhalten an Bewährtem auch den Mut zur Veränderung und näher am Menschen zu sein. Das heißt eben auch gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen und zu integrieren. Daher muss die Volkspartei der Zukunft Raum für alle bieten, die unser Wertefundament teilen.

Erfolgreiche EVP-Parteien innerhalb der EU zeigen uns zudem, dass die klassische Volkspartei mit einer breiten Verwurzelung in Stadt und Land, wie wir sie in Bayern mit der CSU kennen, keinesfalls ein Auslaufmodell ist. Parteien der bürgerlichen Mitte, die gleichermaßen für Traditionsbewusstheit und Weltoffenheit stehen und in einer globalisierten und immer komplexer werden Welt Orientierung bieten und Identität stärken, haben nicht nur eine stolze Geschichte, sondern auch eine erfolgreiche Zukunft vor sich. ///



Quelle: Sebastian Buff/HSS

/// MARKUS FERBER, MDEP  
ist Vorsitzender der Hans-Seidel-Stiftung,  
e. V., München.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Europäische Union: Schuman-Erklärung von Mai 1950, [https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/1945-59/schuman-declaration-may-1950\\_de#:~:text=%E2%80%99E%20Friede%20der%20Welt%20kann,nicht%20durch%20eine%20einfache%20Zusammenfassung,Stand:1.7.2022.](https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/1945-59/schuman-declaration-may-1950_de#:~:text=%E2%80%99E%20Friede%20der%20Welt%20kann,nicht%20durch%20eine%20einfache%20Zusammenfassung,Stand:1.7.2022.)
- <sup>2</sup> CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament: Der europäische Binnenmarkt: Grundlage unseres Wohlstands in Deutschland und Europa, <https://www.educsu.eu/artikel/der-europaeische-binnenmarkt-grundlage-unseres-wohlstands-deutschland-und-europa,Stand:1.7.2022.>
- <sup>3</sup> Schmid, Sarah: Europapolitische Visionen der CSU, <https://www.hss.de/news/detail/bayern-ist-unsere-heimat-deutschland-unser-vaterland-europa-unsere-zukunft-news7601/,Stand:1.7.2022.>
- <sup>4</sup> Artz, Sebastian: Dreiviertel der Deutschen haben Angst vor einem Cyberkrieg, <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Drei-Viertel-haben-Angst-vor-Cyberkrieg,Stand:30.6.2022.>
- <sup>5</sup> Charlemagne: Europe's Ring of Fire, in: The Economist, 20.9.2014, online abrufbar unter Europe's ring of fire | The Economist.
- <sup>6</sup> EPP: Security and Defence. Emergency Resolution adopted at the EPP Congress, St. Julian's (Malta), 29-30 March 2017, online abrufbar unter EPP - European People's Party - Security and Defence.
- <sup>7</sup> EPP: Deal on new tasks for Europol to better fight crime, online abrufbar unter Deal on new tasks for Europol to better fight crime (eppgroup.eu).
- <sup>8</sup> EPP: A Secure Europe. Policy Paper 1, adopted at the EPP Congress, Helsinki (Finland), 7-8 November 2018, Policy-Paper-1\_Helsinki.pdf (epp.eu), Stand: 7.7.2022.
- <sup>9</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22\\_272\\_611.html,Stand:30.6.2022.](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/06/PD22_272_611.html,Stand:30.6.2022.)
- <sup>10</sup> EPP: EPP Manifesto 2019, online abrufbar unter EPP - European People's Party - EPP Manifesto 2019, Stand: 7.7.2022.
- <sup>11</sup> Hochschule Neu-Ulm: Digitalkompetenz für Bayerisch-Schwaben: HNU erhält 312.000 Euro aus ESF-Fördermitteln, online abrufbar unter Digital-

- kompetenzen für Bayerisch-Schwaben: HNU erhält 312.000 Euro aus ESF-Fördermitteln - Hochschule Neu-Ulm, Stand: 5.7.2022.
- <sup>12</sup> Deutsche Handwerkszeitung: Europa ruft dich! Handwerkskammer für Schwaben unterstützt Betriebe und Azubis bei Auslandsaufenthalten, 10\_2015\_Schwaben\_Kammer\_I\_17.pdf, Stand: 5.7.2022.
  - <sup>13</sup> Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017.
  - <sup>14</sup> EPP: Parties and Partners, online abrufbar unter EPP - European People's Party - Parties & Partners, Stand: 5.7.2022.
  - <sup>15</sup> Ebd., Stand: 7.7.2022.
  - <sup>16</sup> Lucardie, Paul: Der CDA in den Niederlanden, in: Grabow, Karsten (Hrsg.): Christlich-Demokratische Parteien in Westeuropa. Stand und Perspektiven, 2012, S. 77-83, [https://www.kas.de/documents/252038/253252/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_30806\\_1.pdf/0bb0ef2a-d5f4-1be4-2fbc-8aab66194efc?version=1.0&t=1539657294449,Stand:26.7.2022.](https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_30806_1.pdf/0bb0ef2a-d5f4-1be4-2fbc-8aab66194efc?version=1.0&t=1539657294449,Stand:26.7.2022.)
  - <sup>17</sup> Köppl, Stefan: Das politische System Italiens, Wiesbaden 2007, S. 48-69, 232-236.
  - <sup>18</sup> Pantel, Nadia: Seit Chirac nur noch bergab, in: Süddeutsche Zeitung, 4.6.2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-praesidentenwahl-1.5311749,Stand:26.7.2022.>
  - <sup>19</sup> Grabow, Karsten: Im Sinkflug? Stand und Perspektiven christlich-demokratischer Parteien in Europa, 2019, S. 15-17, 4c9bc013-7eac-690e-4ca1-69b3d8d2e56d (kas.de), Stand: 5.7.2022.

/// Die Zukunft der Mitte

## WO LIEGT DIE NEUE BÜRGERLICHE MEHRHEIT?

**GERHARD HIRSCHER** /// Die Mitte bestimmt die Politik und (fast) alle wollen in der Mitte sein. Fragt man die Bürger in Deutschland, wo sie sich auf einer Links-Rechts-Skala einstufen, dann sieht sich die übergroße Mehrheit seit vielen Jahren unmittelbar in der Mitte oder nur leicht davon entfernt. Deshalb wollen sie auch von Parteien der Mitte regiert werden. Die größeren Parteien geben sich daher viel Mühe, als solche Kräfte der Mitte gesehen zu werden.

### Auf der Suche nach der Mitte

Wer ist in der Mitte? Die bekannte Abfrage in der Wahlforschung mit der Links-Rechts-Skala wurde immer wieder in ihrer Aussagefähigkeit in Frage gestellt, wird aber kontinuierlich von der Wissenschaft und der Publizistik verwendet. Es spricht also einiges dafür, dass sie nach wie vor eine gewisse Aussagekraft hat.<sup>1</sup> Sieht man sich auf dieser Basis die politischen Einstellun-

gen genauer an, liegt die Schlussfolgerung nahe: Die große Mehrheit ist in der Mitte. So ordnen sich laut Forschungsgruppe Wahlen in Deutschland (die Werte sind aus dem Jahr 2016) 60,6 Prozent aller Bürger in der Mitte ein. Das sind die Werte 4-6 auf einer elfteiligen Skala von 0 als ganz links und 11 als ganz rechts. In Bayern waren das sogar 63,4 Prozent.<sup>2</sup> (Siehe Abb. 1)



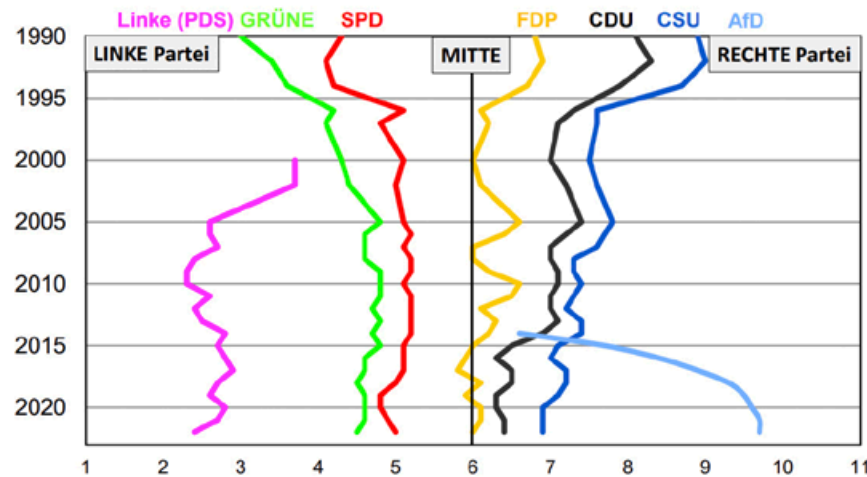
Diese Größenordnungen haben sich in den letzten Jahren nicht verändert und deuten auf eine gleichbleibende Verteilung hin. Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Jahren 2019 und 2020 haben dies erneut bestätigt: Nach diesen Daten ordnen sich (auf einer Skala von 0 bis 10) 35 Prozent genau in der Mitte ein; 78 Prozent wählen die mittleren Skalenwerte 3-7.<sup>3</sup> Gleichzeitig gibt es innerhalb Deutschlands Unter-

schiede in der Verortung: Vor einem Jahrzehnt war die Bevölkerung in Ostdeutschland deutlich linker eingestellt als im Westen.<sup>4</sup> Diese Differenzen lassen sich bezogen auf einzelne Politikfelder bis in die jüngste Zeit verfolgen.<sup>5</sup> So sind während des Ukrainekrieges deutliche Unterschiede in der Einstellung der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland zur Unterstützung der Ukraine oder zur NATO zu verzeichnen.<sup>6</sup> Die politische Mitte zeigt sich in den Regionen Deutschlands also mit unterschiedlichen Ausprägungen.

Trotz der Kontinuität der empirischen Ergebnisse gibt es immer wieder Diskussionen darüber, wie groß und wie stabil diese Mitte in Deutschland überhaupt sei. Dies bezieht sich einmal auf die ökonomische Mitte: Die Mittel-

**Die große MEHRHEIT der Wählerschaft sieht sich in der Mitte verortet.**

## Links-Rechts-Einstufung der Parteien (Mittelwerte auf Skala von 1-11, „ganz links“ bis „ganz rechts“)



Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Januar | 2022, KW 02

schicht in Deutschland ist zweifellos groß und insgesamt stabil. Allerdings wollen manche Studien einen Rückgang erkannt haben. So hat eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung ermittelt, dass im Jahr 1995 70 Prozent zur mittleren Einkommensgruppe zählten, 2018 aber nur noch 64 Prozent. Dem widersprach eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), wonach sich 2018 etwa 80 Prozent den mittleren und oberen Schichten zuordneten gegenüber 56 Prozent im Jahr 2006.<sup>7</sup> Auch andere Studien konstatieren mindestens ab 2005 eine große Kontinuität der Mittelschicht,<sup>8</sup> innerhalb deren Reihen eine überproportionale Angst vor dem sozialen Abstieg nicht nachweisbar sei.<sup>9</sup> Die wirtschaftliche Grundsituation scheint also in der Selbst- wie Fremdeinschätzung zu bestätigen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Deutsch-

land zur Mitte gehört. Nicht nur im politischen, sondern auch im ökonomischen Selbstverständnis sieht sich ein großer Teil der Bevölkerung als Mitte.

Daneben gibt es immer wieder aus sozialwissenschaftlicher Sicht Studien, die die politische Stabilität der Mitte in Frage stellen. Dies hat eine lange Tradition mindestens bis zu den Studien zum „Extremismus der Mitte“ des Soziologen Seymour Martin Lipset, der 1959 die sozioökonomische Mittelschicht quasi zum natürlichen Träger des Faschismus erklärte. In dieser Tradition entstanden immer wieder Analysen, die davor warnen, dass die bürgerliche Mitte in Deutschland wegen ihrer Empfänglichkeit für rechtsextremistische Tendenzen zerfasern und für die Demokratie verloren gehen könnte. Ein bekanntes Beispiel sind die lange von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten „Mitte“-Stu-

dien, die allerdings in ihrer Dramatik rückläufig sind. Die jüngste Studie aus dem Jahr 2021 trägt den Titel „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021“,<sup>10</sup> während frühere Studien dieser und anderer Wissenschaftler trugen wie „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ (2018/19), „Die enthemmte Mitte“ (2016) oder „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ (2014). Auch in den Augen kritischer Sozialwissenschaftler scheint die grundsätzliche Stabilität der Mitte also ein realistisches Szenario zu sein.

### Die politische Stabilität der Mitte wird sozialwissenschaftlich zum Teil **IN FRAGE GESTELLT**.

#### Die politische Mitte heute

Die „Mitte“ kann also aufgrund verschiedener sozioökonomischer Daten eingegrenzt werden. Politisch wichtiger ist die Tatsache, dass die Bürger in Deutschland sich selbst und die Parteien entsprechend ihrer Einschätzung als rechts oder links der Mitte verorten. Anhand der Daten bekannter Umfrageinstitute sind diese Einstufungen seit Anfang der 90er-Jahre deutlich in die Mitte gewandert. Wurden SPD und Grüne damals noch deutlich weiter links und die Union stärker rechts eingeordnet, haben sich die Einstufungen immer mehr Richtung Mitte bewegt. Das gilt heute unverändert; nur die Flügelparteien AfD und Linke werden deutlich

rechts- oder links außen gesehen. Wer ist also in den 20er-Jahren des 21. Jahrhunderts die politische Mitte in Deutschland?

Sicher ist: Die politische Mitte hat sich laut empirischer Wahlforschung in den letzten 30 Jahren verdichtet. Die Bürger und die Wähler in Deutschland sehen die wichtigsten Parteien immer deutlicher nahe an der Mitte. Die Parteien ihrerseits betonen ihre Verortung in der Mitte entsprechend klar.<sup>11</sup> Nimmt man die Skala, die die bekannten Umfrageinstitute wie Forschungsgruppe Wahlen oder Infratest dimap abfragen, dann wurden Anfang der 90er-Jahre Grüne und SPD noch weit stärker links von der Mitte und CDU und CSU weiter rechts von der Mitte verortet.<sup>12</sup> Die Grünen wurden Anfang der 90er-Jahre noch weiter links eingestuft als die PDS/Linke Anfang der 2000er. Erst nach 2005 wurden die Grünen deutlich näher der Mitte gesehen als die Linke, die bis heute sehr weit links eingestuft wird. Allerdings werden SPD wie Grüne nach wie vor von der Gesamtheit der Befragten links von der Mitte eingestuft, die Grünen auch immer noch leicht links von der SPD.

Auf der anderen Seite des Spektrums wurden CDU und CSU Anfang der 90er-Jahre dort gesehen, wo 2015/16 die AfD verortet wurde. Auch hier sind CDU und CSU in der Gesamteinschätzung deutlich in die Mitte gerückt, wobei die CSU immer noch etwas weiter rechts eingestuft wird als die CDU. Die AfD ist hingegen in dieser Bewertung ganz nach rechts gewandert. Das Bild hat sich gefestigt: Linke und AfD nehmen in den Augen der Bürger extreme Flügelpositionen ein; Grüne, SPD, FDP, CDU und CSU gruppieren sich in der Mitte. Die politische Mitte wird heute



also von mehreren Parteien bevölkert, was sich kurzfristig kaum ändern dürfte. Die (in den Augen der Wähler) linke Flügelpartei ist allerdings in Regierungskoalitionen auf Länderebene eingebunden, das Pendant rechtsaußen hingegen nicht.

Auf der individuellen Ebene fallen noch ein paar Unterschiede auf: So stufen sich die Befragten selbst insgesamt durchschnittlich noch stärker in der Mitte ein als diese die jeweiligen Parteien sehen. Daher überrascht es nicht, dass die Gesamtbevölkerung sich selbst stärker in der Mitte sieht als beispielsweise die CDU, die mehrheitlich etwas weiter rechts eingestuft wird. Die Wähler der CDU stufen sich selbst dagegen etwas weiter rechts ein. Noch akzentuierter ist dies bei den Mitgliedern der CDU, wie eine Mitgliederstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2015 gezeigt hat: Diese stufen sich (in allen Altersgruppen) weiter rechts ein als sie ihre eigene Partei verorten.<sup>13</sup> Ähnliche Ergebnisse wurden auch von anderen Instituten immer wieder präsentiert.<sup>14</sup> Dies könnte ein Indikator dafür sein, dass ein Kurs der programmatischen Mitte bei der Union eher bei den Mitgliedern auf Widerstand stoßen dürfte als bei der breiten Mehrheit der Wähler. Umgekehrt dürfte der Ruf nach mehr konservativen Positionen bei der Union eher aus dem Bereich der Mitglie-

der kommen, während bei den Wählern und den Bürgern insgesamt ein mehr an der Mitte orientiertes Angebot interessanter erscheinen dürfte.

Eine vergleichbare Disproportionalität lässt sich bei den Einstellungen zu Religion und Kirche erkennen. So sagten 2015 58 Prozent der Gesamtbevölkerung, das „C“ in der CDU sei ein Relikt aus alten Zeiten, auf das die Partei verzichten könne. Bei den CDU-Wählern waren dies immerhin 50 Prozent, bei den Mitgliedern aber nur 19 Prozent (bei den 16- bis 29-Jährigen 25 Prozent, den über 70-Jährigen aber 17 Prozent). Die Aussage „Religion ist für mich der tragende Grund meines Lebens“ wurde von 38 Prozent der Gesamtbevölkerung bejaht und von 49 Prozent der CDU-Wähler und 64 Prozent der CDU-Mitglieder (bei den jüngeren Mitgliedern nur 44 Prozent).<sup>15</sup> Mit den Kirchen überhaupt nicht verbunden fühlten sich 36 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber nur 25 Prozent der Unions-Wähler und 10 Prozent der Mitglieder.<sup>16</sup>

Unter den Mitgliedern der CDU gibt es nach wie vor große Erwartungen an die programmatische Klarheit der Partei. So sagten 2015 81 Prozent, die CDU solle nicht dem „Zeitgeist“ nachlaufen, auch wenn dies zum Verlust von Wählerstimmen führe und 77 Prozent gaben an, das christliche Welt- und Menschenbild solle in der CDU die alleinige Grundlage für politisches Handeln bilden.<sup>17</sup> Während bei dieser Studie insgesamt 34 Prozent angaben, keiner oder einer anderen als der großen christlichen Religionen anzugehören, waren dies bei den Wählern der Partei 23 Prozent und den CDU-Mitgliedern 10 Prozent.<sup>18</sup> Diese Entwicklung läuft kontinuierlich weiter. Laut Zahlen des Instituts für Demoskopie Allensbach war der An-

teil derjenigen, die keiner der christlichen Religionen oder einer anderen Religion angehören, 2021 auf 47 Prozent gestiegen und würde 2022 die 50-Prozent-Marke übersteigen. Nur noch jeder Zehnte fühle sich einer der christlichen Kirchen eng verbunden.<sup>19</sup> Damit wird auch eines der klassischen Wählerpotenziale der Union rein quantitativ immer weniger bedeutsam. Eine deutliche Berufung auf das „C“ dürfte daher in den kommenden Jahren immer weniger Menschen ansprechen, in der Gesamtbevölkerung wie unter den potenziellen Wählern von CDU und CSU.

#### Die künftige politische Mitte – wer und was ist dabei?

Die Mitte wird auch in den nächsten Jahren ein pluralistisches Meinungsbild zeigen. Fundamentalistische Positionen – von welcher Partei auch immer – sind nicht mehrheitsfähig. Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 hat dies erneut unterstrichen: Auf einer Liste von 12 Items (Erwartungen an die Partei, die gewählt werden soll) wurden am häufigsten genannt, bei der Partei sei es wichtig, dass sie Probleme löse, dass ihre inhaltlichen Positionen überzeugen und dass sie sozial ausgerichtet sei. Der Wunsch, dass die Partei konservativ sei, kam auf den vorletzten Platz (genannt von 36 Prozent aller Befragten), dass sie christlich ausgerichtet sei auf den letzten Platz (30 Prozent der Nennungen). Von den Unions-Wählern unterstützten diese beiden Positionen immerhin 54 Prozent und 50 Prozent.<sup>20</sup>

Die programmatische Orientierung an inhaltlichen Positionen der Mitte impliziert aber auch, dass tendenziell ein erheblicher Teil der Aktivisten und Mitglieder der Parteien vor den Kopf gesto-

**Die politische Mitte wird auch zukünftig ein PLURALISTISCHES Meinungsbild aufweisen.**

ßen werden, da ihre Herzensanliegen nur teilweise durchgesetzt werden können. Dies dürfte in einer Zeit, in der Koalitionen programmatisch unterschiedlicher Parteien (noch dazu mit mehr als zwei Partnern) die Regel sind, das potenzielle Frustrationsniveau für aktive Parteimitglieder weiter erhöhen. Warum soll man sich in der Partei aktiv engagieren, warum an programmatischen Grundsatzdebatten beteiligen, wenn die Chance, diese Inhalte, die parteiintern mehrheitsfähig sind, in den parlamentarischen Mehrheiten nicht durchsetzbar sind?

Das Selbstverständnis eines großen Teiles der Bevölkerung als Mitte zeigt den politischen Akteuren den Rahmen ihrer strategischen Aktionsräume auf. Die Flügelparteien Linke und AfD besetzen die jeweiligen extremen Enden des Spektrums. Solange diese als ernstzunehmende Mitspieler existieren und das dortige Wählerpotenzial erreichen, ist es für die anderen größeren Parteien relativ unergiebig, dort in einen Konkurrenzkampf einzutreten. Wahlanalysen haben immer wieder gezeigt, dass diese Randparteien zu großen Teilen aus ehemaligen Nichtwählern und den Wählern sonstiger kleiner Parteien bestehen und nur beschränkt aus Wählern von SPD (bei der Linken) oder Union (bei der AfD). Gleichzeitig bedeutete die Existenz dieser extremen Kräfte, dass es

**Der Kurs der programmatischen Mitte bei der UNION käme bei den Wählern gut an.**

noch wichtiger für die Parteien der Mitte wurde, sich in diese Mitte zu begeben und dort glaubhaft ihren Platz zu suchen. Die Orientierung zur Mitte und die Abgrenzung zur AfD sind geradezu eine „Chance“ für die Union, sich dort stärker zu etablieren, wo das größte Wählerpotenzial für sie zu finden ist.<sup>21</sup>

Die hohe Volatilität im Wahlverhalten birgt für alle Parteien neben den Chancen auch Gefahren. Die Bereitschaft – vor allem in der Mitte – grundsätzlich mehrere Parteien im Angebot wählen zu können, macht es für die Parteien schwieriger, ihr Profil zu schärfen und erhöht die Wechselbereitschaft von Wahl zu Wahl. Daneben ist in der Wählerschaft der Wunsch größer geworden, mit neuen Angeboten zu experimentieren. Die Grundlagenstudie 2021 der Hanns-Seidel-Stiftung hat gezeigt, dass (in Bayern) die theoretischen Wählerkreise mehrerer Parteien über 50 Prozent liegen. Gleichzeitig kann sich ein Drittel der Wähler (8 Prozent ganz bestimmt, 24 Prozent unter Umständen) vorstellen, eine andere Partei als die bekannten zu wählen.<sup>22</sup> Dies unterstreicht, dass nicht nur seitens der politischen Flügelparteien versucht wird, Druck auf die Mitte auszuüben. Umso wichtiger ist es, dass die Parteien der Mitte ihre Kompetenz in möglichst vielen Feldern glaubwürdig demonstrieren. Die Grundlagenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung hat vor der Bundestagswahl 2021 belegt, dass den Bürgern mehrere Themenkomplexe (vor allem Corona, Klima, Wirtschaft, Soziales) gleichrangig wichtig sind.<sup>23</sup> Analysen bekannter Institute zur Bundestagswahl haben dies unterstrichen.

Die Politik der Mitte muss fachlich breit aufgestellt sein; Single-Issue-Parteien haben dort ebenso wenig eine

Chance wie Spitzenpolitiker, die sich nur über ein Thema profilieren wollen. Eine Nachwahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bundestagswahl 2021 hat viele der genannten Befunde bestätigt: So standen bei allen Befragten inhaltliche Positionen als Hauptgrund der Wahlentscheidung im Vordergrund neben der Fähigkeit, zukünftige Probleme zu lösen und die Fähigkeit, gut zu regieren. Der Spitzenkandidat war kaum wichtig – nur für 34 Prozent der Unions-Wähler, allerdings für 73 Prozent der SPD-Wähler. Auch die Wähler, die die Union verloren hatte, nannten diese inhaltlichen und programmatischen Dimensionen an erster Stelle. Diese abtrünnigen Unions-Wähler nannten als Grund, dass sie die Problemlösungsfähigkeit nicht erkennen können (78 Prozent), dass die Union zu zerstritten sei (69 Prozent) und dass sie nicht mehr auf der Höhe der Zeit sei (68 Prozent). Kritik, CDU und CSU hielten nicht mehr an konservativen Tugenden und Werten fest, äußerten 41 Prozent, dass sie für gläubige Christen keine Heimat mehr bilde nur 12 Prozent.<sup>24</sup>

**Die Politik der Mitte muss fachlich BREIT aufgestellt sein.**

Die politische Mitte muss selbst immer wieder unter Beweis stellen, dass sie der überzeugendste Träger der Politik in der Demokratie ist. Gegenwärtig stellen andere Akteure der Radikalisierung und von Verschwörungstheorien eine Her-

ausforderung für die demokratische Mitte dar. So hat eine neue Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach gezeigt, dass die Unterstützung unserer politischen Ordnung bei großen Teilen der Bevölkerung nicht selbstverständlich ist. So sind autoritäre Positionen bei vielen Bürgern zu finden und 31 Prozent geben an, dass wir nur scheinbar in einer Demokratie leben und die Bürger nichts zu sagen hätten. In Westdeutschland sind 28 Prozent dieser Meinung, im Osten sogar 45 Prozent. Besonders stark wird diese Aussage unterstützt von Anhängern der Linken (46 Prozent) und der AfD (76 Prozent), aber auch der FDP (43 Prozent).<sup>25</sup> Auch etwa ein Fünftel der Anhänger von SPD und Union teilen diese Meinung, was unterstreicht, dass die Mitte durchaus unter einem gewissen Erosionsdruck steht.

Die Mitte in Zeiten der Krise – das wird auch in den nächsten Jahren ein Motto der deutschen Politik sein. Ob Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Corona-Krise und jetzt Ukraine-Krieg mit unklaren Konsequenzen: Die politische Mitte blieb der zentrale Akteur der deutschen Politik. Damit dies auch so bleibt, muss diese Mitte weiter gestärkt werden – und die parteipolitischen Akteure müssen die gegebenen Instrumente zur Stärkung dieser Mitte nutzen und partiell erweitern. Künftige Reformvorschläge im Bereich der Parteienfinanzierung und des Wahlrechts sollten auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. ///



Quelle: Sebastian Buff/HSS

**/// DR. GERHARD HIRSCHER**  
ist Leiter der Stabsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung, Wahlforschung in der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Bauer-Kaase, Petra: Politische Ideologie im Wandel? – Eine Längsschnittdanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, in: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, hrsg. von Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase, Wiesbaden 2001, S. 208-243; Wagschal, Uwe / König, Pascal: Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat, in: Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, hrsg. von Karl-Rudolf Korte, Wiesbaden 2015, S. 185-210.

<sup>2</sup> Siehe die Zusammenstellung bei Hirscher, Gerhard / Kühn, Marion: Rechts-Mitte-Links. Eine vorläufige Teilauswertung der Studie Einstellungen zur Politik, Policy-Paper der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2018. Die Daten stammen aus einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung: FGW Telefonfeld: Einstellungen zur Politik. Wie sich Menschen in Bayern politisch identifizieren, interessieren und informieren, München 2018.

<sup>3</sup> Roose, Jochen: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft, Berlin 2021, S. 31.

<sup>4</sup> Roßteutscher, Sigrid / Scherer Philipp: Links und rechts im politischen Raum: eine vergleichende Analyse der ideologischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland, in: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, hrsg. von Bernhard Weßels, Harald Schoen und Oskar W. Gabriel, Wiesbaden 2013, S. 380-406.

<sup>5</sup> Auch wenn diese Unterschiede in der allgemeinen Einordnung auf der Links-Rechts-Skala geringer geworden sein sollen, siehe: Roose: Politische Polarisierung in Deutschland, S. 43.

<sup>6</sup> Köcher, Renate: Neues Leitbild „Wehrhafter Frieden“. Der Ukrainekrieg hat die Stimmung völlig verändert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.2022, S. 8.

- <sup>7</sup> Creutzburg, Dietrich: Die Mär von der bröckelnden Mitte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.5.2022, S. 17; Burkhardt, Christoph / Grabka, Markus M. / Groh-Samberg, Olaf / Lott, Yvonne / Mau, Steffen: Mittelschicht unter Druck?, Gütersloh 2013; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/dezember/die-mittelschicht-in-deutschland-broeckelt>.
- <sup>8</sup> So Niehues, Judith: Verunsicherte Milieus – eine Mittelschicht in Abstiegsangst?, in: Der Bürger im Staat, 2016/2,3, S. 143-149.
- <sup>9</sup> Lengfeld, Holger / Ordemann, Jessica: Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984-2014, in: Zeitschrift für Soziologie 2017/3, S. 167-184, hier S. 181.
- <sup>10</sup> Hrsg. von Andreas Zick und Beate Küpper, Berlin 2021; die folgende Studie wurde von Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan herausgegeben und erschien in Berlin 2019; die beiden anderen Studien: hrsg. von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler, Gießen 2016 sowie hrsg. von Andreas Zick und Andrea Klein, Bonn 2014.
- <sup>11</sup> Als Beispiel der 21. Parteitag der CDU in Hannover am 3./4.12.2007, bei dem anlässlich der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms „Die Mitte“ zum Tagungsmotto erkoren wurde.
- <sup>12</sup> Siehe etwa das Schaubild der FG Wahlen in: Politbarometer Januar I 2022, KW 02.
- <sup>13</sup> Neu, Viola: Ich wollte etwas bewegen. Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Analyse von Mitgliedern, Wählern und der Bevölkerung, St. Augustin/Berlin 2017, S. 12.
- <sup>14</sup> So Güllner, Manfred: Der vergessene Wähler. Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien, Baden-Baden 2017, S. 204 ff.
- <sup>15</sup> Neu: Ich wollte etwas bewegen, S. 53.
- <sup>16</sup> Ebd., S. 52.
- <sup>17</sup> Ebd., S. 16.
- <sup>18</sup> Ebd., S. 49.
- <sup>19</sup> Petersen, Thomas: Christliche Kultur ohne Christen. Zum letzten Mal Weihnachten mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.2021.
- <sup>20</sup> Neu, Viola / Pokorny, Sabine: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021, Berlin 2021, S. 13.
- <sup>21</sup> Jung, Matthias: Die AfD als Chance für die Union. Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähern, in: Politische Studien 2015/460, S. 47-57.
- <sup>22</sup> Ferber, Markus und Jörg, Oliver (Hrsg.). Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und Bundestagswahl. Untersuchungsbericht, München 2021, S. 38.
- <sup>23</sup> Ebd., S. 21 ff.
- <sup>24</sup> Pokorny, Sabine: Wieso, weshalb, warum? Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Berlin 2022, S. 10-20.
- <sup>25</sup> Institut für Demoskopie Allensbach: Politischer Radikalismus und die Neigung zu Verschwörungstheorien. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage im Auftrag der FF Framework TV und Media GmbH, Allensbach, Februar 2022, S. 13-15.

/// Wer ist sie und was beschäftigt sie?

## DIE BÜRGERLICHE MITTE

**ALEX DOROW /// Die Bürgerliche Mitte. Ein Begriff, der in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten medial-politisch oft verwendet worden ist. Was aber versteht man unter diesem Begriff? Welche sozialen, ökonomischen, politischen, aber auch ethischen Themen beschäftigen die bürgerliche Mitte? Wie steht diese Bevölkerungsschicht, um deren Gunst sich die zwei großen Volksparteien Deutschlands seit den Nachkriegsjahren kontinuierlich bemühen, zu aktuellen Sachverhalten?**

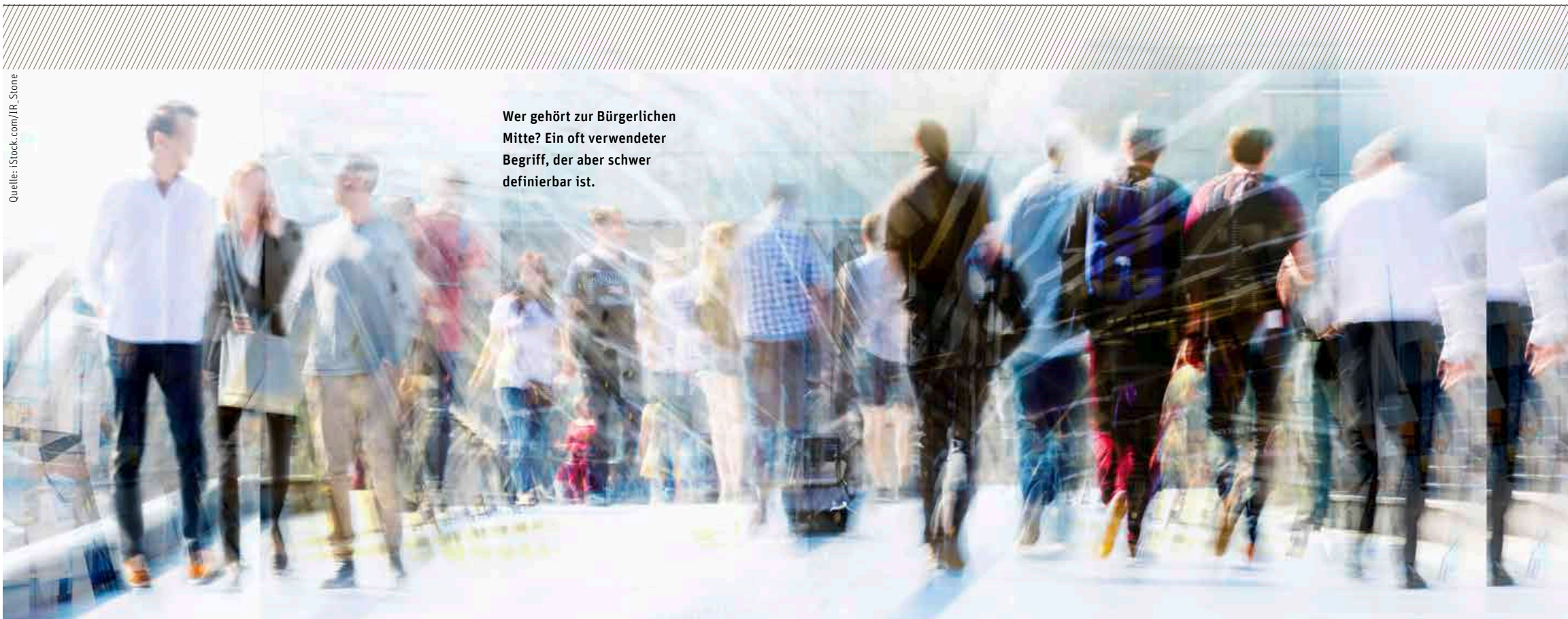
### Definition der bürgerlichen Mitte

Wer als unvoreingenommener Zeitgenosse den Begriff „Bürgerliche Mitte“ hört, könnte denken, dass es sich um eine Wählervereinigung irgendwo in Deutschland handelt, die als „Bü-Mi“ abgekürzt wird. Dabei sollte man sich mit diesem Begriff ruhig etwas genauer auseinandersetzen, da er zuletzt inflationär von politischen Meinungsbildnern benutzt wurde. Nur ein solides Grundverständnis, wie die Bürgerliche Mitte im Laufe der letzten Dekade zu definie-

ren war und ist, lässt eine genaue Betrachtung der heutigen Umstände und Einstellungen zu. Wer heutzutage „Bür-

**Der Begriff „Bürgerliche Mitte“ muss in seinem jeweiligen KONTEXT definiert werden.**





Wer gehört zur Bürgerlichen Mitte? Ein oft verwendeter Begriff, der aber schwer definierbar ist.

gerliche Mitte“ auf Google sucht, findet mehr als 1,3 Millionen Einträge zu diesem Begriff.

Wie Karl-Rudolf Korte, Direktor der NRW School of Governance, folgerichtig attestiert, ist bei der Verwendung der Bezeichnung der Bürgerlichen Mitte darauf zu achten, in welchem Kontext dies geschieht. Eine klare Zuordnung der Begrifflichkeit fällt schwer, sie wird aber zumeist als Synonym für die politische Mitte verwendet. Eine Vermengung mit den Begriffen Mittelstand oder Mittelschicht führt oftmals zu Verwirrungen, da diese wohlfahrtsstaatlich, gesellschaftspolitisch und wahlsoziologisch auf unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen fußen.<sup>1</sup>

#### Wie definiert sich die „Bürgerliche Mitte“?

Nahe läge es, sie als Milieu und der Wirtschaftssprache folgend als eine der möglichen Zielgruppen zu sehen, auf die versucht wird, Einfluss zu nehmen. Dabei lohnt ein Blick auf die „Sinus-Milieus“, deren Definition bereits in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts vom deutschen Markt- und Sozialforschungsinstitut Sinus entwickelt wurde. Es handelt sich dabei um die Kategorisierung von statistischen Typologien unterschiedlicher Zielgruppen auf Basis wissenschaftlicher Untersuchungen,<sup>2</sup> die in kontinuierlichen Abständen aktualisiert werden. In diesen Sinus-Milieus werden die Menschen unserer Gesellschaft je nach Lebenssituation

und Lebensart einem bestimmten Milieu zugeordnet. Dabei spielen die Umgebung, in der die Personen leben (soziale Lage), das Einkommen sowie der Bildungsstand eine Rolle. Außerdem hat die Grundorientierung der Menschen eine übergeordnete Rolle, bei der die Werte, an denen sich die Menschen orientieren, die Zuordnung mit beeinflussen.

Dies vorangestellt, sehe ich die Bürgerliche Mitte als „den leistungs- und anpassungsbereiten Mainstream, der nach beruflicher und sozialer Etablierung strebt und gesicherte und harmonische Verhältnisse möchte“<sup>3</sup>. Ihr gehören danach rund 8,8 Millionen Personen an, mit durchschnittlichem Bildungsniveau und Einkommen sowie mit einem

Altersschwerpunkt von 50 bis 70 Jahren. Die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung ist positiv konnotiert und wird oftmals auch von diesem Milieu postuliert. Auf der anderen Seite litt und leidet, vor allem verstärkt durch die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie, die Bürgerliche Mitte zunehmend an Verunsicherung und Ängsten vor sozialem Abstieg.<sup>4</sup>

**Disruptive Faktoren VERUNSICHERN die Bürgerliche Mitte zunehmend.**

Hier gab und gibt es während der vergangenen Jahre nach langer Stabilität eine wachsende Verunsicherung dieses sozialen Milieus, die in den kommenden Jahren durch weitere disruptive Faktoren wie dem russischen Überfall auf die Ukraine, Energieengpässe sowie Inflationssteigerungen zusätzlich geschürt werden dürfte.

### 2005 bis 2021: die Bürgerliche Mitte in der Ära Merkel

Wie eingangs bemerkt, bedarf es einer genaueren Betrachtung der Entwicklung der Bürgerlichen Mitte in der jüngsten Vergangenheit, um die Einstellungen zu aktuellen Sachverhalten interpretieren zu können. Hierbei ist es unerlässlich, vor allem die Entwicklungen, die während der Ära Merkel stattgefunden haben, zu analysieren und die Implikationen von „Merkels Erbe“ auf eben dieses gesellschaftliche Milieu zu betrachten.

Mit dem Amtsantritt von Angela Merkel als Bundeskanzlerin im Jahr 2005 wurde die Ära des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder beendet. Vor allem das Milieu der Bürgerlichen Mitte hatte sich von der Abwahl der SPD eine Rückbesinnung auf bürgerliche Werte erhofft. Es scheint jedoch, dass die zwei „Volksparteien“, sobald sie an die Macht kommen, oftmals im Revier des jeweils anderen „wildern“ gehen. Bereits Gerhard Schröder wurde manchmal als der „Genosse der Bosse“ bezeichnet.<sup>5</sup>

So souverän die Kanzlerin bald nach Amtsantritt außenpolitisch und europäisch auftrat, so schwierig verhielt sie sich in zahlreichen innenpolitischen Entscheidungen aus Sicht vieler bürgerlicher Wähler. Es bleibt der Zukunft vorbehalten, eine detaillierte

Analyse der Diskrepanz zwischen Merks Strategie und ihrer Wertekonformität der Bürgerlichen Mitte zu versuchen. Festzuhalten bleibt, dass durch die von ihr gewählten politischen Ansätze wie zum Beispiel zur Energiewende, ihrer Flüchtlingspolitik (2015 und 2016) sowie zum erfolgten „Damen-gambit“ bei der europäischen Schuldenunion, nicht nur der CDU große Teile ihres Profils genommen und durch Verunsicherung und Desorientierung ersetzt wurden.<sup>6</sup>

Vor allem galt dies bei der ihr politisch zugewandten Bürgerlichen Mitte. Eine schrittweise Verschiebung in das Mitte-Links-Milieu war genau das, was sich die Bürgerliche Mitte nicht erhofft hatte. Somit ist es nur folgerichtig, dass die seit 2005 immer weiter anwachsende Verunsicherung und der unterschwellige Misstrauen in der Bürgerlichen Mitte als einer der Gründe anzusehen ist für die Entstehung der AfD. Leider ging mit dem als Gegenreaktion gedachten Rechtsruck in der politischen Landschaft und der Bürgerlichen Mitte auch ein Teil des klassischen Demokratieverständnisses verloren. Durch die Hinwendung an die „Falschen Freunde“<sup>7</sup> und gleichzeitige Abwendung von den Werten des Milieus der Bürgerlichen Mitte muss man Angela Merks Politik auch als Mitursache des Aufstiegs der AfD bezeichnen.

Was ist also das Erbe der Ära Merkel für die Bürgerliche Mitte? Meiner Ansicht nach sind hier vor allem zwei Punkte zu nennen: Identitätsverlust und zunehmende Verunsicherung. Analog zu den Ausführungen von Hempelmann und Flaig<sup>8</sup>, sieht auch das Sinus-Institut in dieser Zeit zunehmende Verunsicherung, Überforderung und Abstiegsängste in der Bürgerlichen Mitte. Gerade die

mittlere soziale Lage sowie die moderne, von Status- und Konsumansprüchen geprägte Grundorientierung könnten in der Zukunft durch externe Umstände, aber auch durch den Wertewandel in den Generationen die Bürgerliche Mitte zunehmend ausdünnen.

### Die Ära MERKEL bewirkte bereits zunehmende Verunsicherung und Ängste.

Gerade die Wertelandschaft in Teilen der jüngeren Generationen zeigt sich oftmals als nicht kompatibel mit dem Milieu der Bürgerlichen Mitte, wo der Altersschwerpunkt zwischen 50 und 70 Jahren liegt.<sup>9</sup> Sowohl die Millennials (auch Generation Y genannt), die circa zwischen 1981 und 1997 geboren sind, als auch die darauffolgende Generation Z hat eine teils stark abweichende Interpretation des Lebens in vielen Bereichen. Sei es politisch, wirtschaftlich oder ethisch, die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo vergangener Dekaden gehört definitiv nicht dazu. Bürgerlicher Durchschnitt zu sein, kann man sich entweder nicht leisten, oder will man mit Vehemenz nicht sein, da man dadurch die eigene Stimme nicht ausreichend zur Geltung bringen würde. Globale Umwelt- und Gesellschafts-Probleme werden gefühlt nicht ausreichend fokussiert. Eine Konfrontation mit der Bürgerlichen Mitte, die zum Teil sogar für bestehende Missstände verantwortlich gemacht wird, ist die logische Folge.

### Themen und Einstellungen

Die grundsätzlichen Einstellungen des Sinus-Milieus der Bürgerlichen Mitte habe ich bereits kurz erörtert. Aktuell wird die ehemals Bürgerliche Mitte als Nostalgisch-Bürgerliches-Milieu vom Sinus Institut geführt.<sup>10</sup> Harmonie und der Wunsch nach geregelten Verhältnissen, wie sie „früher“ einmal waren, dominierten das Wertekonstrukt der Bürgerlichen Mitte. Ziel ist es, einen angemessenen Status in Anbetracht einer sich rasch ändernden Welt zu bewahren. Dem Verlust von Regeln und Gewissheiten begegnet man nicht nur skeptisch, sondern mit klarer Ablehnung. Gerade andere Milieus, die mitunter von anderen Generationen dominiert werden, führen mit ihrer „Weltanschauung“ zu Argwohn, Misstrauen und Pessimismus, was die eigene Wahrnehmung der Zukunftsaussichten betrifft.

### Bundeswehr

Die Bundeswehr wird von der Bürgerlichen Mitte als grundsätzlich positiv angesehen. Sie ist im Verständnis des Milieus ein „Residuum“ vergangener Tage, das für Ordnung und Disziplin steht. Werte, die dieses Milieu gerne wieder mehr im Bewusstsein der Gesellschaft sehen würde. Die ausgesetzte Wehrpflicht, ebenfalls ein Resultat der Ära Merkel, wird als Schwäche der sozialen Ordnung betrachtet und die Generationen, die nicht dienen mussten, sieht man um ein Werkzeug der charakterlichen Maturität beraubt. Oftmals wird mit der Bundeswehr ein Gefühl der Sicherheit verbunden, welches noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammt. Die durch den jüngsten Russischen Angriffskrieg bedingte Aufstockung des eigenen Militärs sieht man positiv, da das Gros des Milieus gegen eine Entmilitarisierung ist.



### Flüchtlinge

Das Thema Flüchtlinge wurde seitens der Bürgerlichen Mitte schon immer ambivalent betrachtet. Klar standen die humanitären Aspekte bei den großen Flüchtlingsströmungen während der 2010er-Jahre im Vordergrund und auch

**Die zunehmende ENTMILITARISIERUNG empfindet das Milieu als negativ.**

die Bürgerliche Mitte sah hierbei Handlungsbedarf. Als ein Milieu, das jedoch unregelmäßige Veränderungen oder gar Kontrollverlust ablehnt, ging vielen die Flüchtlingspolitik der Jahre 2015 und 2016 von Bundeskanzlerin Merkel zu weit. Zu viele Menschen wurden völlig unkontrolliert ins Land gelassen und dies trieb viele Bürgerliche der AfD in die Arme.<sup>11</sup>

Der Verlust des eigenen Wohlstandes, untermauert mit den steigenden Preisen für Immobilien, Nahrung und Grundbedarfsutensilien, führte bald zur Ablehnung weiterer Hilfsmaßnahmen. Im Laufe der darauffolgenden Jahre verringerte sich jedoch die Problematik im Bewusstsein der Bürgerlichen Mitte und wurde zunehmend von anderen Themen ersetzt wie zum Beispiel Lebenshaltungskosten und Inflation, vor allem aber spätestens Anfang 2020 vom Thema Covid-19 und der alle Lebensbereiche umfassenden und in Mitleidenschaft ziehenden Maßnahmen der Pandemiebekämpfung.

### Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit und Ökologie beherrschen und beherrschen zunehmend das öffentliche Geschehen der vergangenen zehn Jahre. Jede politische Partei muss sich ausgiebig mit diesen Themen auseinandersetzen, um einer zunehmenden Problematisierung in der Gesellschaft gerecht zu werden. Dies ging einher mit einer Welle der ökologischen und die eigene Verantwortung in den Fokus stellenden Selbstreflexion vieler sozialer Milieus.

Als ein Milieu, welches den Erhalt des Status quo traditionell gutheißt, erkannte die Bürgerliche Mitte durchaus die Brisanz des Themas. Unklar blieb, wie sie auf die von anderen sozialen Milieus teilweise aggressiv formulierten und postulierten Veränderung eingehen sollte. Generisch nicht als Milieu der First-Adopter bekannt, bedurfte es etwas mehr Zeit, bevor das Thema im Alltag angekommen war.

Viele waren bereit, das eigene Leben den Nachhaltigkeitsprinzipien anzupassen, jedoch nur, sofern man sich dies auch finanziell leisten konnte. Lebenshaltungskosten nach oben anzupassen (Stichwort Bio) können sich nach wie vor viele aus der Bürgerlichen Mitte aber nicht alltäglich leisten. Die Situation gewann an Brisanz, seit Vertreter anderer sozialer Milieus eine ethische Mitverantwortung der sogenannten Babyboomer (ca. 1945-1965 Geborene) behaupten. Zu den bereits in den vergangenen Jahren gestiegenen Ängsten des Wohlstandverlustes sieht man sich immer mehr als Randgruppe der Gesellschaft, die die Insignien des ökologischen Sündenbocks trägt.

Verstärkt wurde (Kabinett Merkel) und wird (Kabinett Scholz) dies durch eine dominierende Fokussierung auf

Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen. Was hierbei oftmals durch die politischen Entscheidungsträger vergessen wird, ist, dass die Bürgerliche Mitte sich hier zunehmend ohne politische Repräsentanz fühlt. Die oftmals wichtigen Ansätze werden polarisierend und impulsiv vorgetragen. Viel schlimmer ist jedoch, wenn diese ökonomisch nicht bis zum Schluss durchdacht werden. Vor allem, wenn Nachhaltigkeitsveränderungen von der Politik gefordert werden, die hohe Kosten im Alltag für die Bürgerliche Mitte zur Folge haben und die ökonomische Leistungsfähigkeit des Landes schwächen.

**Die „Babyboomer“ sehen sich zunehmend als ökologische Sündenböcke STIGMATISIERT.**

### Gleichstellung<sup>12</sup>

Verglichen mit anderen Sinus-Milieus ist in der Bürgerlichen Mitte bereits vor etlichen Jahren ein überdurchschnittliches Interesse am Sachverhalt attestiert worden. Ähnlich wie beim Thema Nachhaltigkeit wird die Bürgerliche Mitte permanent in allen sozialen Kontexten (Wirtschaft, Politik, Sport, Medien, Bildung) mit der sich geänderten Rolle der Frau (und einhergehend auch der Männer) konfrontiert. Die Medienlandschaft hat auch hier eine herausragende Bedeutung bei der Durchdringung der Gesellschaft mit den Gleichstellungstrends und macht auch dieses Thema omnipräsent.

Beide Geschlechter der Bürgerlichen Mitte reagieren auf diesen Trend mit langsamer, verzögerter Anpassung, da sie wieder mal mit etwas Neuem konfrontiert werden und man von ihnen erwartet, den Trend ungefragt in ihr eigenes Wertesystem zu integrieren. Dabei ist es für ihr Milieu besonders schwer, sich in diesen neuen Trend hineinzu-denken, da auch hier Strukturen verändert werden müssen, die für die meisten des Milieus seit Kindesbeinen Bestand hatten. Der Spagat zwischen Trend, der eigenen Wertevorstellung und sozialer Integration durch Anpassung kann nur nachhaltig erfolgen, wenn Information und Aufklärung stimmen. Ziel muss es sein, Ängste zu nehmen und das lange Jahre gültige Idealbild von Mann und Frau in den Köpfen der Bürgerlichen Mitte positiv mit der nun stattgefundenen Veränderung zu konnotieren. Und – als Aufforderung an alle – die kritische Diskussion über die Begriffe „Gleichstellung“ und „Gleichberechtigung“ zuzulassen. Während sich erstere mit einem sozialistischen und somit unbürgerlichen Ansatz umgibt, ist letztere für Bürgerliche sehr viel kompatibler, da sie den persönlichen Leistungsgedanken nicht ausschließt.

### Altersarmut

Das Thema Altersarmut ist wohl eines der prägnantesten Themen für dieses Milieu, da wirtschaftliche Krisen, globalökonomische Trends sowie vor allem aber eine schnelle Technologisierung und Digitalisierung des Arbeitsmarktes zu einem hohen Leistungsdruck geführt haben. Die Angst vor sozialem Abstieg ist groß, da Anpassungen an den Arbeitsmarkt oft nur schleppend realisierbar sind. Der Trend zum Zweitjob ist weit verbreitet, um den steigenden Kos-



ten bei gleichbleibender Lebensqualität entgegenzuwirken. Als logische Konsequenz ergibt sich auch ein starkes Misstrauen gegenüber sozialstaatlichen Institutionen hinsichtlich der Hilfe bei der Wahrung des Lebensstandards im Alter. Norbert Blüms „Die Rente ist sicher“ wird oftmals eher als Ausruf einer Büttenrede betrachtet, an den sich viele, vor allem jüngere Generationen, eh nicht mehr erinnern können. Globale Krisen wie Covid-19 oder der russische Angriffskrieg beschleunigen die Kosten- und Inflationsspirale nach oben und schüren zunehmend Ängste vor der Armut im Alter. Ob und inwieweit ein stabiler und nachhaltiger Lebensstandard bei Renteneintrittsalter überhaupt noch gewährleistet beziehungsweise finanziell vom Staat subventioniert werden kann, bleibt eine unbeantwortete Frage.

kuum zwischen der Mitte und Rechtsaußen begünstigt solche Entwicklungen ebenso wie disruptive Ereignisse wie die Covid-19-Pandemie oder der Überfall Russlands auf einen europäischen Nachbarn. Es bleibt zu hoffen, dass die politische wie gesellschaftliche Vernachlässigung dieses Milieus der vergangenen Jahre in absehbarer Zeit nachlässt und wieder zu mehr Stabilität in der Gesellschaft beiträgt. Die Erkenntnis, dass Zukunft nur gemeinsam gewonnen werden kann, von den politischen Rändern einmal abgesehen, ist evident. Die Hoffnung, dass dies künftig wieder besser gelingt, bleibt. ///



/// ALEX DOROW, MDL  
ist Mitglied des Bayerischen Landtags,  
München.

**Die Bürgerliche Mitte hat angesichts der globalen Entwicklungen Angst vor ALTERSARMUT.**

#### Abschließender Kommentar

Die Bürgerliche Mitte – ein dezimiertes Milieu? Wenn es nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre mit ihrer Verschiebung nach links von der Mitte geht, ja. Viele haben diese Verschiebung der Ära Merkel nicht mitgemacht, andere schon. Zurück bleibt aktuell ein in Teilen gespaltenes Milieu, was sich auch in den ständig gesunkenen Wahlergebnissen der Union der vergangenen Jahre ausdrückt. Ein gewisses politisches Va-

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> [www.kas.de/documents/252038/253252/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_46558\\_1.pdf/28441606-0b3b-9777-c2e5-63ae007f7a39?t=1539650205043](http://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_46558_1.pdf/28441606-0b3b-9777-c2e5-63ae007f7a39?t=1539650205043), Stand: 20.8.2022.
- <sup>2</sup> [www.ionos.de/startupguide/produktivitaet/sinus-milieus/](http://www.ionos.de/startupguide/produktivitaet/sinus-milieus/), Stand 20.8.2022.
- <sup>3</sup> Hempelmann, Heinzpeter / Flaig, Berthold Bodo: Aufbruch in die Lebenswelten: Die zehn Sinus-Milieus® als Zielgruppen kirchlichen Handelns, Berlin / Heidelberg / New York 2019, S. 117-118.
- <sup>4</sup> <https://www.sinus-institut.de/media/pages/sinus-milieus/6191c4121c-1623420390/informationen-zu-den-sinus-milieus.pdf>, Stand: 20.8.2022.
- <sup>5</sup> [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_90983704/ende-der-ara-merkel-nur-so-kann-die-cdu-ihren-kompass-wiederfinden.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_90983704/ende-der-ara-merkel-nur-so-kann-die-cdu-ihren-kompass-wiederfinden.html), Stand: 20.8.2022.
- <sup>6</sup> <https://www.die-tagespost.de/politik/die-zeit-der-kanzlerin-neigt-sich-dem-ende-zu-art-220471>, Stand: 20.8.2022.
- <sup>7</sup> [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_90983704/ende-der-ara-merkel-nur-so-kann-die-cdu-ihren-kompass-wiederfinden.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_90983704/ende-der-ara-merkel-nur-so-kann-die-cdu-ihren-kompass-wiederfinden.html), Stand 20.8.2022.
- <sup>8</sup> Hempelmann/Flaig: Aufbruch in die Lebenswelten.
- <sup>9</sup> [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-26298-3\\_9](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-26298-3_9), Stand: 20.8.2022.
- <sup>10</sup> <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland>, Stand 20.8.2022.
- <sup>11</sup> <https://www.bayernkurier.de/inland/29065-sorge-um-die-buergerliche-mitte/>, Stand: 20.8.2022.
- <sup>12</sup> <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/95502/14f04c61bc4f6f73311ae207a96bf94d/wege-zur-gleichstellung-heute-und-morgen-sinus-studie-data.pdf>, Stand: 20.8.2022.

/// Chancen und Herausforderungen unseres Bildungssystems

## WETTBEWERBSFÄHIGE BILDUNGSPOLITIK?

**THOMAS M. KLOTZ** /// Bei PISA schneidet Deutschland regelmäßig nur mittelmäßig ab. Der Fachkräftemangel verschlimmert sich von Jahr zu Jahr, gleichzeitig wächst die Zahl der Studienabbrecher kontinuierlich. Ist Deutschlands Bildungspolitik noch international wettbewerbsfähig?

Aktuelle Debatten der Bildungspolitik fokussieren sich oftmals auf sehr kleinteilige Fragestellungen, etwa nach der Anzahl der Tablets oder der im Lehrplan vorgesehenen Wochenstunden für bestimmte Unterrichtsfächer. Dabei scheint die Frage nach größeren, globalen Zusammenhängen nicht immer vordergründig. Anders als der Duktus in bildungspolitischen Debatten vermuten lässt, schneidet Deutschland im internationalen Vergleich oftmals gar nicht so schlecht ab. Es kommt darauf an, welche Maßstäbe man anlegt.

### Bildungskontexte

Zunächst stellt sich die Frage: Was versteht man unter dem Begriff „Bildung“? Dies lässt sich wohl auf absehbare Zeit nicht allgemeingültig klären. Die Aspekte, die bei einer Definition zu berücksichtigen sind, sind derart facettenreich und von kulturellen und politischen Entwicklungen abhängig, dass eine Auflistung davon, was einen gebildeten Bürger ausmacht, als utopisch zu betrachten ist. Heinz-Elmar Tenorth versucht in seinem jüngsten Werk, einer knapp 700 Seiten langen, stark theore-



Kann Deutschlands Bildungspolitik noch mithalten im internationalen Vergleich? Aktuelle Untersuchungen dazu stellen dies in Frage.

tisch geprägten Abhandlung, sich dem Bildungsbegriff zu nähern, um letztlich festzuhalten: „[D]ie ‚Was-ist‘-Frage kann man systematisch nicht mehr beantworten, weil diese Frage von Erwartungen – metaphysischer und quasi-religiöser Provenienz – lebt und sie nährt, die heute, nach dem Ende der sich scheinbar selbst beglaubigenden großen Erzählungen, nicht mehr einlösbar sind: ‚wahre‘ von ‚falscher‘ Bildung eindeutig und für alle Zeiten und Akteure konsensfähig unterscheiden zu können. Versucht man es trotzdem, bleiben – wie die Tradition der Rede von Bildung belegt – meist doch nur binäre Codierungen, Kampfformeln statt Klärungen, Überwältigungspraktiken in bester Absicht oder nur erneute Exegesen der Klassiker, die vermeintlich das Wesen der Bildung schon endgültig bezeichnet haben.“<sup>1</sup>

**Der Begriff „Bildung“ lässt sich NICHT allgemeingültig definieren.**

Aladin El-Mafaalani geht sogar so weit, Bildung als „Mythos“ zu bezeichnen. Der hohe Stellenwert, den offenbar die gesamte Gesellschaft der Bildungspolitik einräumt, veranlasst ihn zum Zweifel, „[d]enn für nahezu jedes gesellschaftliche Problem wird Bildung als die Lösung präsentiert. Wenn man nicht mehr weiter weiß, wird Bildung als Zauberspruch und Allheilmittel, als Lückenfüller oder als Totschlagargument ins Spiel gebracht.“<sup>2</sup>

Diese Einordnungen verdeutlichen, wie wenig eindeutig Bildung definiert ist. Das gilt sowohl im Alltag als auch im wissenschaftlichen, philosophischen und politischen Kontext. Der Bildungsbegriff wird oftmals mit „Kampfformeln“ (Tenorth) entsprechend der intendierten Gestaltung der Bildungspolitik überlagert. Kurzum: „Bildung ist ein Mythos, ein kaum bestimmbarer Begriff, den man über jedes gesellschaftliche Problem stülpen kann.“<sup>3</sup> So verwundert es auch nicht, dass Bildungspolitik eines jener Politikfelder mit sehr großem Potenzial zu ideologischen Auseinandersetzungen ist, was auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, ganz deutlich kritisiert: „Es ist eine schwere Hypothek der deutschen Bildungspolitik, dass fast jedes Schulthema ganz schnell in ein ideologisches Fahrwasser und damit in eine erbitterte Glaubensdiskussion abdriften kann. Es geht dann nicht mehr um Sachargumente und Fachfragen, sondern um die Frage der richtigen Gesinnung und des richtigen Weltbildes.“<sup>4</sup>

Was ist also Bildung? „Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der in Abhängigkeit von Lebensphasen und Bildungsetappen unterschiedliche Formen annimmt, (Zwischen-)Erträge erzeugt und von verschiedenen Faktoren und Kontextmerkmalen beeinflusst wird.“<sup>5</sup> Diese recht offene Definition der „Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung“ erscheint als Diskussionsgrundlage sinnvoll, denn neben den zahlreichen normativen, zum Teil ideologischen Aspekten des Bildungsbegriffs gibt es eine ganze Fülle von empirischen Studien, die auf eben jene verschiedenen Faktoren, Erträge und Kontextmerkmale abzielen.

Internationale Kompetenzvergleiche wie beispielsweise die PISA-Studie können ein Indikator dafür sein, wie gut die Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem Bildungssystem funktioniert. Darin wird letztlich der Versuch unternommen, die Leistungsfähigkeit der Bildungspolitik des jeweiligen Landes international empirisch zu betrachten und zu vergleichen. In Deutschland steht hier der formale Bildungssektor im Vordergrund, der sämtliche Bildungseinrichtungen vom Elementar- bis hin zum tertiären Bereich, also von der Kita bis zur Universität, umfasst. Die non-formale Bildung und das informelle Lernen erfahren zwar zunehmend mehr Beachtung, jedoch nicht in dem Maße wie die formale Bildung.<sup>6</sup> Und: Vonseiten der Wirtschaft werden zwar zunehmend auch die soft skills bei der Rekrutierung von Arbeitnehmern in Betrachtung gezogen. Die formalen Bildungsabschlüsse wie Schul- und Universitätszeugnisse spielen aktuell aber noch eine herausragende Rolle. Die Anforderungen des Arbeitsmarkts sind also nicht zu unterschätzen; Bildung erscheint in diesem Kontext nicht als reiner Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck.

Eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, dass es für Arbeitgeber oftmals schwierig erscheint, aufgrund der mangelnden Qua-

lifikation der Schulabsolventen im Hinblick auf die formalen Bildungsabschlüsse und den damit zu erwartenden Fähigkeiten und Fertigkeiten Ausbildungsplätze zu besetzen. Unter den sogenannten geringqualifizierten Mitarbeitern gebe es bei etwa zwei Dritteln vereinzelt oder gehäuft Defizite beim Lesen und Schreiben in deutscher Sprache sowie bei grundlegenden PC-Kenntnissen.<sup>7</sup> Dahingegen nimmt die Zahl der Hochschulabsolventen zu, sowohl aus Akademiker- als auch aus Nicht-Akademikerhaushalten, wenngleich Letztere weniger als ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen.<sup>8</sup>

#### **Bildungserfolge im internationalen Vergleich**

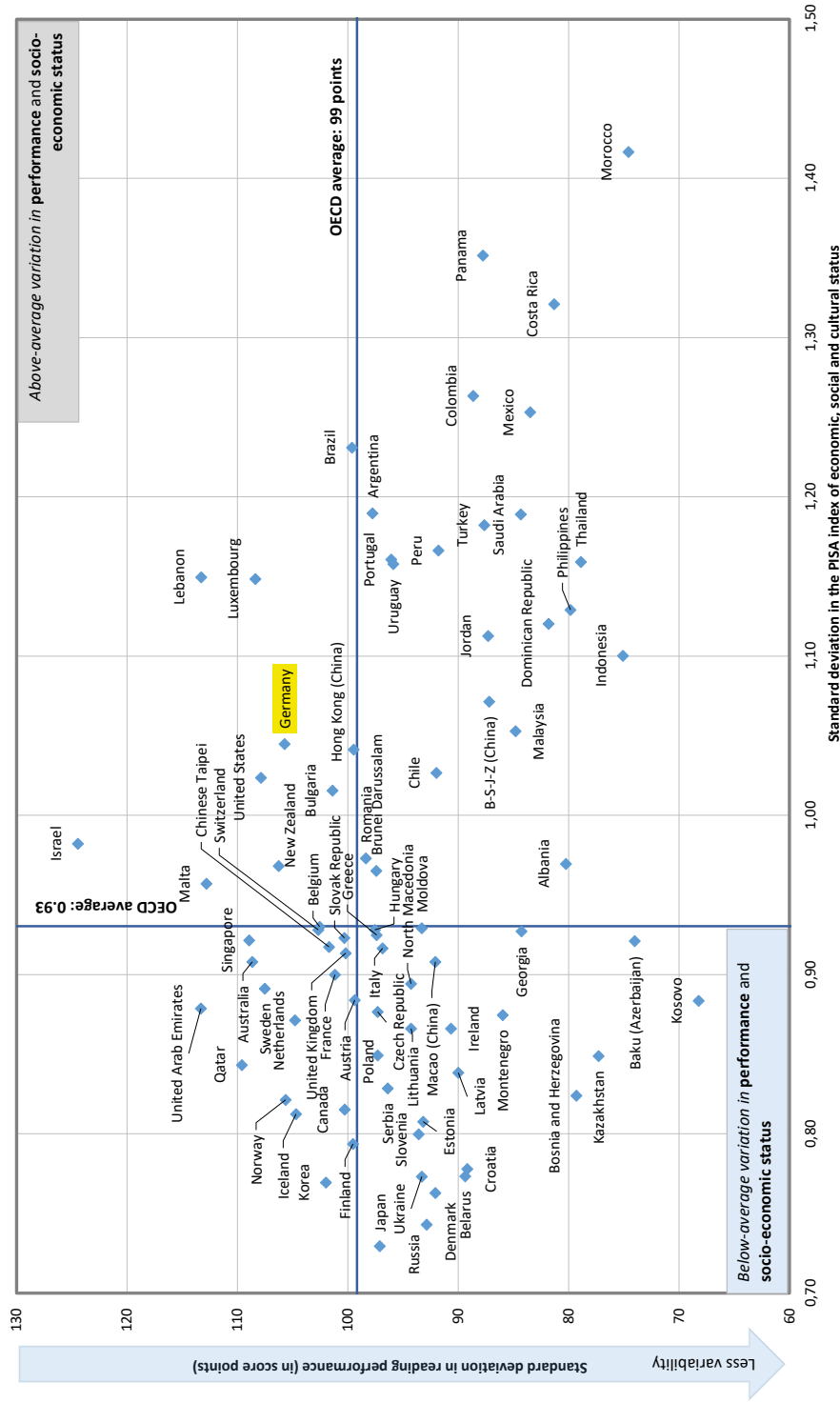
International ist der eindeutige Trend erkennbar, dass ein höherer Abschluss innerhalb eines Bildungssystems grundsätzlich (nicht in jedem Einzelfall!) zu einem höheren Einkommen führt und das Risiko, keine Beschäftigung zu finden, verringert.<sup>9</sup> Besonders in europäischen Ländern wird beispielsweise Absolventen der Sekundarstufe II ein deutlicher Vorteil auf dem Arbeitsmarkt gegenüber weniger Qualifizierten zugerechnet.<sup>10</sup> Klammert man also die angesprochenen normativen und ideologischen Diskussionen darüber, was Bildung ausmacht, ein Stück weit aus und fokussiert auf die (vom Arbeitsmarkt geforderte) Ausbildung und Ausbildungsreife, so können Indikatoren wie Beschäftigungsquote, Einkommen und das standardisierte Abfragen von Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen als internationale Vergleichsparameter für Bildungserfolge betrachtet werden.

Ein international viel beachteter Vergleich ist die PISA-Studie, die alle drei Jahre durchgeführt wird und immer

**Die PISA-Studie untersucht empirisch die LEISTUNGSFÄHIGKEIT verschiedener Bildungssysteme im internationalen Vergleich.**



Abb. 1: Diese Grafik zeigt, wie abhängig die Lesekompetenz vom soziokulturellen Status der PISA-Teilnehmer ist. Für Deutschland gilt: Die Abhängigkeit ist deutlich größer als in anderen Ländern.<sup>13</sup>



Quelle: OECD: PISA 2018 Ergebnisse, Bd. I, Bielefeld 2019, S. 79.

### Die LESEKOMPETENZ in Deutschland korreliert mit der soziokulturellen Prägung.

Betrachtet man sämtliche Vergleichskriterien der PISA-Studie, so zeigt sich „für Deutschland, dass das insgesamt erreichte Kompetenzniveau der fünfzehnjährigen Schüler durchaus akzeptabel ist“,<sup>14</sup> konstatiert Kristina Reiss von der TUM School of Education München. Wie dieses „akzeptable“ Niveau

wieder zur Sensibilisierung für bestimmte Bildungsthemen führt. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren von den hinteren Plätzen ins OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)-Mittelfeld vorgearbeitet. Die Lesekompetenzen der Schüler haben im Schnitt zugenommen, sind in Deutschland aber nach wie vor überdurchschnittlich stark abhängig von der soziokulturellen Prägung (Economic, Social and Cultural Status – ESCS), also vom Elternhaus. Länder mit dezentraleren Bildungssystemen wie beispielsweise Schweden und Island schneiden sehr viel besser ab, wenn es um den Zusammenhang zwischen der Lesekompetenz und dem sozioökonomischen Status geht.<sup>11</sup> Einen starken Einschnitt bei der Entkoppelung von Bildungserfolgen und dem ESCS, vermutlich sogar einen Rückschritt, hat hierbei die Corona-Pandemie gebracht – und die sozioökonomischen Differenzen noch zusätzlich verschärft.<sup>12</sup>

gesteigert werden kann, ist fester Bestandteil der bildungspolitischen Debatte, nicht nur in Deutschland. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat für die Schule der Zukunft vier Szenarien vorgedacht, die bis 2040 realistisch werden könnten:<sup>15</sup>

- **Ausbau der schulischen Bildung:** Es gibt allgemein mehr formale Bildungsbeteiligung, mehr Individualisierung des Lernens durch internationale Zusammenarbeit und digitalen Fortschritt. Die Schule als Institution bleibt erhalten.
- **Auslagerung der Bildungsangebote:** Die Rolle der Schule als maßgebliche Bildungseinrichtung wird geringer. Lernangebote werden flexibilisiert, individualisiert und privatisiert.
- **Schulen als Bildungshubs:** Zwar bleibt die Schule als Institution bestehen, wird aber durch eine bessere Vernetzung mit der direkten Umgebung (öffentliche Einrichtungen, Unternehmer) offener, transparenter und experimentierfreudiger.
- **Kontinuierliches Lernen:** Mittels Digitalisierung werden die Grenzen zwischen Bildung, Freizeit und Arbeit nahezu vollständig aufgehoben. Schulen und Lehrpläne werden durch allgemein verfügbare, kostenlose Bildungsangebote ersetzt.

Eine ausführliche Diskussion der Szenarien würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Wenngleich so manches Szenario befremdlich wirkt, erscheint es plausibel – und das nicht erst seit Ausbruch der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Digitalisierung der Bildungsangebote –, dass es Entwicklungen im Schulbereich gibt und geben muss, weil von Arbeitgebern vermehrt

digitale Kompetenzen erwartet werden. Hierbei sollte in Deutschland nicht der Fehler begangen werden, in die Zeit vor Ausbruch der Corona-Pandemie zurückzufallen, sondern vielmehr die pandemiebedingt notwendigen Errungenschaften des Home Schoolings und des Home Learnings als Startpunkt für eine Weiterentwicklung des Schul- und Bildungssystems verstanden werden.

Das gilt nicht nur für die Schul-, sondern auch für die Hochschulbildung. Auch diese wird regelmäßig international verglichen. Es gibt einige internationale Hochschulrankings, die auf verschiedene Vergleichsparameter abzielen. Unlängst wurde etwa die TU München zur besten Universität der Europäischen Union gekürt. Es werden bei so

**Auch die HOCHSCHULBILDUNG wird regelmäßig international verglichen.**

einem Ranking bestimmte Fachrichtungen, die Universität oder Hochschule als Ganzes, das Lehrpersonal und Vieles mehr verglichen. Dabei sind die Bewertungskriterien und Indikatoren nicht immer nachvollziehbar, zumeist werden Parameter wie die Anzahl der Zitationen und Forschungsvorhaben, aber auch das universitäre Umfeld und der Transfer von Wissen in die Wirtschaft bewertet. Durch verschiedene Gewichtungen kommt es dabei beispielsweise dazu, dass die Ludwig-Maximilians-Universität München beim „Times Higher Education World University

Rankings 2021“ auf Platz 32 landet, beim „QS World University Rankings 2021“ jedoch nur auf Platz 64.<sup>16</sup>

Dennoch sollen diese internationalen Vergleiche ein Bild der wissenschaftlichen Leistungen, der Situation für Studierende und Lehrende nachzeichnen und eine Bewertungsgrundlage für (potenzielle) Arbeitgeber darstellen. Und dass der Transfer von Wissen, Innovationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten von der Universität in die Arbeitswelt zunehmend als wichtig erachtet wird, zeigt sich an der steigenden Zahl von Einrichtungen, die bei der Gründung von Start-Ups oder bei der Vermittlung von Forschungsergebnissen und innovativen Ideen unterstützen.

Neben der universitären Ausbildung spielt im deutschsprachigen Raum auch die klassische Berufsausbildung eine entscheidende Rolle. Dass es in den vergangenen Jahren für Unternehmen, sei es im Handwerk, der Verwaltung oder im Einzelhandel, immer schwieriger wurde, Ausbildungsplätze zu besetzen und Mitarbeiter einstellen zu können, ist unter dem Begriff des Fachkräftemangels eine breit diskutierte Entwicklung der deutschen Arbeitswelt. So bekräftigt etwa der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer, die Politik müsse „ihren Fokus mit höchster Priorität auf die berufliche Bildung richten, hier braucht es endlich eine echte, auch finanzielle Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Nachwuchsförderung“<sup>17</sup>. Die zunehmende Anzahl an Studienabbrechern zeige, dass für manchen eine Berufsausbildung der zukunftsträchtigere Weg in die Arbeitswelt sei, so Wollseifer. Und tatsächlich absolvieren laut Statistischem Bundesamt immer mehr Menschen mit (Fach-)Hochschulreife eine

Berufsausbildung.<sup>18</sup> Dem gegenüber steht eine wachsende Zahl von Menschen ohne jegliche Berufsausbildung in der Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren, insbesondere unter Menschen mit Migrationshintergrund.<sup>19</sup>

### Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel

Deutschland und insbesondere Bayern sind in der vorteilhaft erscheinenden Situation, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften sehr groß und die Anzahl der Arbeitslosen, insbesondere der jungen Arbeitslosen, im europäischen Vergleich sehr klein ist. Während im Juli 2021 beispielsweise in Griechenland und Spanien über ein Drittel der Bevölkerung unter 25 Jahren arbeitslos war, waren es in Deutschland mit 7,5 Prozent deutlich weniger.<sup>20</sup> Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 25 Jahre) in Bayern liegt im Jahresdurchschnitt 2021 mit 3,9 Prozent nochmals deutlich darunter.<sup>21</sup> Der Nachteil daran ist, dass wirtschaftliches Potenzial auf der Wegstrecke bleibt, wenn Stellen nicht besetzt werden können.

Und auch wenn es in Griechenland und Spanien im Durchschnitt höhere Akademikerquoten gibt, gilt es festzuhalten, dass der Bildungsabschluss im tertiären Bereich nicht als absoluter Jobgarant zu sehen ist. Die Beschäftigungsquote der akademisch ausgebildeten Bürger lag im ersten Quartal 2021 in Deutschland bei 87 Prozent, in Spanien bei 78,4 Prozent und in Griechenland gerade einmal bei 71,2 Prozent.<sup>22</sup>

### Thesen

Bringt man nun alle genannten Umstände zusammen, ergeben sich folgende Thesen im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deut-

**Ein STUDIUM beinhaltet keine Jobgarantie.**

schen Bildungspolitik und vorsichtige Annäherungstendenzen an die Frage, was Bildung heute ausmacht:

- Bei der schulischen Ausbildung ist Deutschland im internationalen Vergleich weder besonders gut noch besonders schlecht. Die Chance zum Bildungsaufstieg ist nicht immer gegeben, die soziokulturelle Prägung ist nach wie vor entscheidender für individuelle Bildungsbiographien, als das in anderen Ländern der Fall ist. Unter dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hat man hier jedoch insbesondere in Bayern in den vergangenen Jahren versucht, diesem Umstand entgegenzuwirken. Eine Akademisierung der Bevölkerung um der Akademisierung willen erscheint indes nicht als Patentrezept gegen Arbeitslosigkeit, wie andere Länder zeigen.
- Auch wenn es in Deutschland weniger höhere formale Bildungsabschlüsse (tertiärer Sektor) gibt, ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich geringer als in anderen (westlichen) Ländern. Dies spricht dafür, dass auch eine (duale) Ausbildung durchaus zu einer langfristigen, nachhaltigen Chance auf dem Arbeitsmarkt führen und das deutsche System durchaus als konkurrenzfähig betrachtet werden kann.<sup>23</sup>
- Die deutschen Universitäten sind zwar in einigen internationalen Hoch-

schulrankings zu finden, jedoch weit- aus weniger als etwa US-amerikani- sche. Dies kann unter Umständen auf die Auswahl der Parameter, die die Qualität bewerten sollen, zurückzu- führen sein. Eine Spezialisierung auf bestimmte Forschungsbereiche er- scheint indes als zielführend für die Positionierung im (internationalen) Wettbewerb. Durch das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz ist dies nun auch noch im größeren Umfang für Hochschulen für angewandte Wissenschaften möglich.

- Die Zahl der Studierenden hat in den vergangenen Jahren deutlich zuge- nommen. Die Zahl der Auszubilden- den ist hingegen zurückgegangen. Die Zahl der Menschen ohne Berufsausbildung ist wiederum zuneh- mend. In den kommenden Jahren werden sich die Auswirkungen dieser Entwicklungen zeigen. Die Angst da- vor, dass der Mittelstand (handwerk- liche, kaufmännische usw. Betriebe) verschwindet, erscheint nicht unbe- gründet. Aufgabe der Politik wird es sein, keine so große Bildungs- und Einkommensschere aufkommen zu lassen, wie sie in anderen Ländern zu beobachten ist.
- Daher muss Bildungspolitik unbe- dingt auf die Anforderungen des Ar- beitsmarktes reagieren. Dazu gehört auch, dass die Bildungspolitik nicht zurück in die Zeit vor Ausbruch der Corona-Pandemie zurückfallen darf, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung.
- Gleichzeitig, und so ist es in Bayern verfassungsrechtlich vorgeschrieben, sind die Schulen dazu angehalten, nicht nur „Wissen und Können (zu) vermitteln, sondern auch Herz und Charakter (zu) bilden“<sup>24</sup>. Wie dies je-

doch – diesem Bildungsideal folgend – in Zukunft ausgestaltet sein wird, lässt sich aktuell nicht abschätzen. Am wahrscheinlichsten (auch auf- grund einer gewissen föderal gepräg- ten Pfadabhängigkeit der Bildungs- politik in Deutschland) erscheint das Szenario 1 der OECD, das Schulen weiterhin als maßgebliche Institutio- nen ansieht, jedoch durch Digitalisie- rung und Öffnungstendenzen zu sehr viel mehr Individualisierung der Bil- dungsbiographien führen kann.

Was Bildung ist, kann damit nicht ge- klärt werden. Dass der Begriff so schwer zu fassen ist, hängt auch mit seiner Ge- schichte zusammen, weil er zum einen für eine gewisse Grundhaltung, für Of- fenheit und Neugierde steht, die eine pluralistisch geprägte Demokratie aus- macht. Zum anderen wird unter (formal- er) Bildung der Nachweis für bestimm- te Fähigkeiten und Fertigkeiten verstan- den, die von Arbeitgebern gefragt wer- den. Je nachdem, in welcher Situation sich der Arbeitsmarkt eines Landes be- findet, kann einmal der normative As- pekt im Vordergrund stehen, und ein anderes Mal der pragmatische Ansatz der Ausbildung „für den Arbeitsmarkt“. Beides in Einklang zu bringen, ist die mühsame, immerwährende Aufgabe der Bildungspolitik. ///

**Die SCHULE als maßgebliche Institution wird zukünftig wohl individueller, internationaler und digitaler.**



/// THOMAS M. KLOTZ,  
DIPL.SC.POL.UNIV.,

ist Leiter des Referats Bildung, Hochschu- len, Kultur in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Tenorth, Heinz-Elmar: Die Rede von Bildung, Berlin 2020, S. 632.
- <sup>2</sup> El-Mafaalani, Aladin: Mythos Bildung, Köln 2020, S. 13.
- <sup>3</sup> Ebd.
- <sup>4</sup> Meidinger, Heinz-Peter: Die 10 Todsünden der Schulpolitik, München 2021, S. 33.
- <sup>5</sup> Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2022, Bielefeld 2022, <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022.pdf>
- <sup>6</sup> Formale Bildung wird in Deutschland oftmals auch als schulische Bildung bezeichnet. Die non-formale Bildung, die auch außerschulische Bildung genannt wird, umfasst sämtliche Bildungsmöglichkeiten abseits des schulischen Curriculums. Unter informellem Lernen wird der lebenslange Prozess einer Integration von Werten, Fähigkeiten und Wissen aus allen Bereichen in den Lebensalltag verstanden.
- <sup>7</sup> <https://www.alphagrund-projekt.de/fakten/grundbildungsdefizite>, Stand: 27.6.2022.
- <sup>8</sup> Anger, Christina / Plünnecke, Axel: Bildungsge- rechtigkeit, IW-Analysen 140, Köln 2021, S. 5.
- <sup>9</sup> Dies gilt im Allgemeinen auch in Sachen Berufser- fahrung: Je erfahrener, desto besser bezahlt die Stelle. Wenngleich es zudem hier festzuhalten gilt, dass das Erwerbseinkommen in sämtlichen Län- dern vom Geschlecht maßgeblich beeinflusst wird – unabhängig von Alter, Fächergruppe und Bil- dungsstand, OECD: Bildung auf einem Blick 2021, Paris 2021, S. 95.
- <sup>10</sup> Ebd., S. 77.
- <sup>11</sup> Reiss, Kristina / Weis, Mirjam / Klieme, Eckhard / Köller, Olaf (Hrsg.): Grundbildung im internatio- nalen Vergleich, München 2019, S. 9., [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2019/Zusammenfassung\\_PISA2018.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2019/Zusammenfassung_PISA2018.pdf)
- <sup>12</sup> Anger, Christina / Plünnecke, Axel: Schulische Bildung in Zeiten der Corona-Krise. Kurzstudie

zum INSM-Bildungsmonitor 2021, Köln 2021, S. 8-11, [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_ upload/Studien/Gutachten/PDF/2021/Kurzstudie\\_INSM\\_Bildungsmonitor.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2021/Kurzstudie_INSM_Bildungsmonitor.pdf)

<sup>13</sup> OECD: PISA 2018 Ergebnisse (Bd. I), Bielefeld 2019, S. 79, <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/1da50379-de.pdf?expires=1656406245&i d=id&accname=guest&checksum=88FD2BE14682261B47753A8A3B5F8F2E>

<sup>14</sup> Reiss/Weis/Klieme/Köller: Grundbildung im in- ternationalen Vergleich, S. 17.

<sup>15</sup> Vgl. OECD: Back to the Future of Education. Four OECD Scenarios for Schooling, Paris 2020, <https://www.oecd-ilibrary.org/sites/178ef527-en/index.html?itemId=/content/publication/178ef527-en>, Stand: 14.10.2022

<sup>16</sup> <https://www.lmu.de/de/die-lmu/die-lmu-auf-einen-blick/zahlen-und-fakten/lmu-in-rankings/index.html>, Stand: 28.6.2022.

<sup>17</sup> Leubecher, Marcel: Die Kehrseite des Akademi- kerbooms, in: WELT, 23.1.2022, S. 6.

<sup>18</sup> [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online? operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=1& levelid=1656490067719&auswahloperation=abr uftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverze ichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabr uf&code=21211-0003&auswahltext=&wertabr uf=Werteabruf#abreadcrumb](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=1&levelid=1656490067719&auswahloperation=abr uftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverze ichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabr uf&code=21211-0003&auswahltext=&wertabr uf=Werteabruf#abreadcrumb), Stand: 29.6.2022.

<sup>19</sup> Leubecher: Die Kehrseite des Akademikerbooms, S. 6.

<sup>20</sup> Eurostat: euroindikatoren. Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,6 %, vom 1.9.2021, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563247/3-01092021-AP-DE.pdf/937ff3e0-4ec0-1e90-8f3b-dbb0195007dc>, Stand: 14.10.2022

<sup>21</sup> Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales: Jahresbilanz des Arbeitsmarktes in Bayern 2021, [https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas\\_inet/arbeit/jd\\_2021-faktenblatt\\_maq.pdf](https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_inet/arbeit/jd_2021-faktenblatt_maq.pdf)

<sup>22</sup> [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsq\\_ergaed/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsq_ergaed/default/table?lang=de), Stand: 29.6.2022.

<sup>23</sup> Gleichzeitig ist das Thema des Lohnniveaus aktu- ell, insbesondere in Pflegeberufen, ein politisch hochbrisantes.

<sup>24</sup> Art. 131 (1) Bayerische Verfassung.





Der Advent mit seinen Bräuchen ist ein willkommener Anlass, zur Ruhe zu kommen.

/// „Der Herr ist mein Hirte ...“

## GEDANKEN ZUR ADVENTSZEIT

**SUSANNE BREIT-KEßLER** /// Energiekrise, Krieg in Europa, Inflation. 2022 ist ein Jahr voller Unruhe und Unsicherheiten. Den Kopf in den Sand stecken ist aber keine Option. Wir haben die frühere Münchner Regionalbischöfin und Vorsitzende des Bayerischen Ethikrates, Susanne Breit-Keßler, gefragt, wie sie den Mut niemals verliert.

**Politische Studien:** In der Adventszeit gehen wir hoffnungsfroh Richtung Weihnachten. Was bedeutet Ihnen die Adventszeit – gerade in dieser schwierigen Phase?

**Susanne Breit-Keßler:** Die Adventszeit gibt mir seelische und geistige Kraft, mitten in den Nöten der Welt aufrecht und kreativ zu bleiben.

**Wie verlieren Sie persönlich auch in schwierigen Zeiten nie Ihren Mut?**

Jesus sagt: „In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“ (Johannes 16,33). Manchmal ist es echt zum Fürchten. Manchmal wird eine kraftvolle Perspektive aufgemacht: Es gibt einen Gott, der stärker ist als alles, was uns peinigt.

**Welche Bibelstellen lesen Sie, wenn Sie Trost benötigen?**

Psalm 23 „Der Herr ist mein Hirte ...“ und Johannes 14,19: „Ich lebe und ihr sollt auch leben“.

**Was schöpfen Sie als gläubige Christin aus der Weihnachts-Botschaft?**

Gott ist in die Welt gekommen, um uns nah zu sein. Er ist als Kind gekommen – das Zarteste und Verletzlichste, was es gibt. Das lässt mich ein fröhliches Ja zu mir und zu anderen Menschen sagen, zu den Stärken, den Schatten und den sensiblen Seiten, die wir in uns haben.

**Die Fragen stellte Susanne Hornberger, Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**

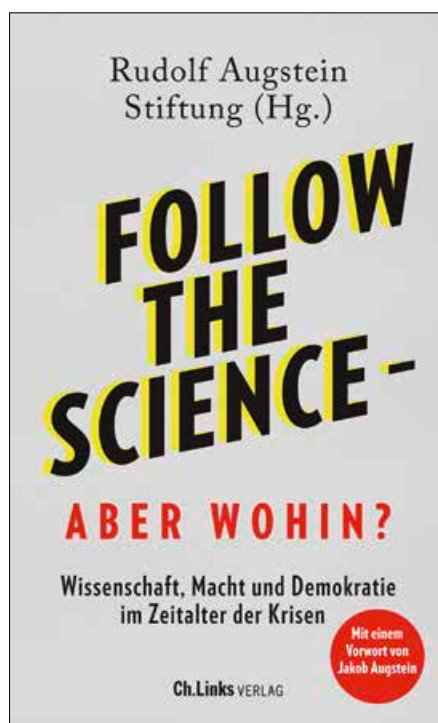


/// **SUSANNE BREIT-KEßLER** ist ehemalige Regionalbischöfin und Stellvertretende Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Im Video: Susanne Breit-Keßler über das Menschsein Gottes an Weihnachten

<https://youtu.be/E7jxkyRle8I>



Rudolf Augstein Stiftung (Hrsg.):  
 Follow the science – aber wohin? Berlin:  
 Ch. Links-Verlag 2022, 200 Seiten, € 18,00.

/// Zwischen politischen Fragen und wissenschaftlichen Erkenntnissen

## „FOLLOW THE SCIENCE – ABER WOHN?“

Über das Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Politik wird gerade im Lichte von Krisen oftmals sehr kontrovers diskutiert, etwa im Hinblick auf die Antworten auf den Klimawandel, insbesondere aber in Zeiten der Corona-Pandemie. Mit „Follow the science – aber wohin?“ legt die Rudolf Augstein Stif-

tung einen lesenswerten Sammelband vor, der einen tiefgründigen, pointierten und differenzierenden Blick auf die Verflechtungen und Divergenzen der Corona-Pandemie und darüber hinaus erlaubt.

Das zugrundeliegende Problem, um das die zehn Beiträge kreisen, um-

schreibt Markus Gabriel so: „Die Vereinfachung der Sachlage in unserer komplexen Krisenlage unter Rekurs auf die Trias ‚Wissenschaft, Öffentlichkeit, Politik‘ führt nicht zufällig zu Verzweiflung, Irritation, Zorn und einer Spirale der Schuldzuweisung und Besorgnis, weil es sich bei der Wissenschaft, der Öffentlichkeit und *der* (Hervorhebungen im Original, T. K.) Politik um fiktive Gegenstände handelt, welche die Basiswirklichkeit des menschlichen Lebens verfehlen, um die es in der derzeitigen Gemengelage aber geht.“ (S. 58 f.) Diese Erkenntnis erscheint als unstrittig, die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, werden indes sehr vielschichtig und in unterschiedlicher Dramatik aufgezeigt.

Einige der Autoren zeigen sich sehr kritisch im Hinblick auf die öffentlich wahrgenommenen Experten und Handlungsempfehlungen respektive der daraus resultierenden politischen Implikationen. So schreibt Caspar Hirschi etwa: „Die meisten Regierungen suchten ihre Rettung darin, auf jene Expertenstimmen zu hören, die zugleich wissenschaftliches Renommee ausstrahlen und ihren politischen Ansichten nahestanden, um diese dann in der Öffentlichkeit als *die* (Hervorhebung im Original, T. K.) Wissenschaft auszugeben.“ (S. 80) Die Kritik an dieser Verwissenschaftlichung von Politik wird auch von Olivia Mitscherlich-Schönherr geteilt, wenn sie schreibt: „Mit ihrer Konstruktion von Alternativlosigkeiten im politischen Handeln ist sie (die szientistische Krisenpolitik, T. K.) in demokratischer Hinsicht defizitär: sie verschärft gesellschaftliche Spaltungen – und damit die Krisen des demokratischen Pluralismus.“ (S. 125) Heribert Prantl stößt in einer sehr umfassenden Kritik an der deutschen Legislative in dasselbe Horn

und mahnt unzweideutig: „Der Bundestag hat lange geduldet, dass per Verordnung Grundrechte auf- und zugeordnet wurden – gerade so, als hätte ein Grundrecht Armaturen wie ein Wasserhahn. Das darf nicht mehr, das darf nie mehr passieren. Das Anti-Corona-*Procedere* darf nicht zur Blaupause werden für künftige Krisen.“ (S. 44 f.)

Und auch die Rolle der Medien wird kritisch betrachtet. Thorsten Faas und Mona Krewel konstatieren, dass es selbstverständlich eine gewisse Logik hat, politische Entscheidungsträger und bekannte Experten zu Gesprächsrunden im TV einzuladen, jedoch „schränkt dies natürlich die Meinungsvielfalt und Debatte ein“ (S. 165). Und genau diese Einschränkung kann zu Lagerbildungen führen, die Auswirkungen auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt und die lösungsorientierte Zusammenwirkung haben, denn: „Spricht man widerspenstigen Bevölkerungsgruppen zu Beginn einer Krise den Realitätsbezug und die Intelligenz ab, fällt es später umso schwerer, sie aus der Opposition gegen die Krisenpolitik zurückzuholen.“ (S. 76) Das haben die Corona-Jahre deutlich gezeigt.

Also: Follow the science? Letztlich, so der Grundtenor der Beiträge, müsse deutlicher gemacht werden, dass es keine eindeutigen, alternativen Lösungsansätze der Experten für die Regierungen geben kann, zumal Wissenschaft per definitionem vom Diskurs, also unterschiedlichen Ansichten und Einschätzungen, lebt. Mitscherlich-Schönherr schreibt dazu: „Die wertneutralen Erkenntnispraktiken der empirischen Wissenschaften verkehren sich in Ideologie, wenn sie als normatives Fundament politischen Handelns genutzt werden. Wenn von den wissenschaftlichen

Modellierungen konkrete politische Handlungsempfehlungen „abgeleitet“ werden, ändert sich ihr Status im Leben: Von einem Analyseinstrument werden sie zu einem Instrument politischer Selbstvergewisserung. Sie tragen nicht mehr dazu bei, die aktuelle Handlungssituationen in ihrer Vielschichtigkeit zu analysieren; vielmehr verstellen sie gerade Möglichkeiten der Deutung.“ (S. 126) Oder, wie Alexander Bogner schreibt: „Wissenschaftliche Beratung lässt sich für die demokratische Politik nur dann fruchtbar machen, wenn durch die Konzentration auf Wissensfragen nicht der normative Kern des Politischen verloren geht.“ (S. 41)

Und diese Erkenntnis sollte das Zusammenspiel der Trias Wissenschaft, Politik und Medien auch bei bevorstehenden Debatten leiten, das zeigen die Beiträge dieses empfehlenswerten Sammelbandes ganz deutlich. Sie regen nicht nur zu einer tiefergehenden Reflexion an, sondern bieten zum Teil auch interessante Lösungsansätze an, wie der Slogan „Follow the science“ dergestalt mit Leben gefüllt werden kann, dass er auch mit den demokratischen Grundprinzipien vereinbar ist. Denn es wird ganz deutlich: Wir brauchen sowohl Wissenschaft als auch Politik als auch Medien in einer äquidistanten Beziehung, nicht als ein großes Ganzes.

THOMAS M. KLOTZ, DIPL.SC.POL. UNIV.  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG MÜNCHEN

Gazdar, Kaevan: Was macht Bayern besser? Vom Armenhaus zum Wohlstandsparadies. München: Volk Verlag 2022, 472 Seiten, € 29,90.



Der Blick auf den Namen des Autors in Verbindung mit Titel und Untertitel des Buches legt nahe, dass hier der wirtschaftliche Aufstieg Bayerns in der Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs analysiert wird. Schließlich handelt es sich bei Kaevan Gazdar um einen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, der hauptsächlich zu unternehmerischen Themen publiziert hat. Doch weit gefehlt: Der Autor bietet vielmehr einen Gesamtüberblick über die Geschichte Bayerns, der bereits um das Jahr 1700 einsetzt. Er liefert Charakterstudien der bayerischen Kurfürsten, Könige und Ministerpräsidenten, analysiert deren Selbstverständnis und Regierungshandeln sowie die Tätigkeit der jeweils führenden Staatsbeamten. Damit reiht er sich in die bekannten Gesamtdarstellungen zur bayerischen Geschichte ein, wie sie etwa die Landeshistoriker Andreas Kraus oder Peter Claus Hartmann vorgelegt haben.

Hervorzuheben und zu würdigen ist dabei der große Aufwand, mit dem sich Gazdar die Literatur zu den jeweiligen Epochen erarbeitet hat. In seinen Bewertungen ist er pointiert und eindeutig, mitunter bisweilen etwas holzschnittartig, wenn etwa Bayerns erster König Max I. Joseph („Mehr hat kein

anderer bayerischer Herrscher vor oder nach ihm bewirkt.“) seinem Sohn, dem „an mehrfachen Widersprüchen scheiternden“ Ludwig I. gegenübergestellt wird. An manchen Stellen würde man sich differenziertere Urteile wünschen. Bei einer herrscher- und regierungszentrierten Perspektive auf die Geschichte eines Landes wie Bayern sollten selbst bei einer populärwissenschaftlichen Darstellung grundlegende Fragen diskutiert werden, wie zum Beispiel: Wie groß war die Entscheidungsautonomie von Herrschern im Zusammenspiel mit den jeweiligen Regierungen oder anderen Mächten? Wie nahmen etwa die Könige des 19. Jahrhunderts Handlungsräume wahr? Oder – vor allem mit Blick auf den Status des Freistaats in der Bundesrepublik – kann eine Staatsregierung in einem Bundesland mit ihrer Politik überhaupt die Voraussetzungen für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen schaffen?

Dagegen regen einige der starken Urteile zu Widerworten an, wie etwa die Aussage, wonach die katholische Kirche „Land und Bevölkerung über Jahrhunderte ausgiebig geschröpft“ hätte. Dies vernachlässigt doch zum Beispiel deren Kultur- und Sozialleistungen, von denen Bayern bis in die Gegenwart profitiert. Zudem eignen sich moderne Kriterien in der Regel nur wenig zur Beurteilung historischer Prozesse, ohne die Zeitumstände weiter zu beschreiben und Prozesse einzuordnen. In diesem Zusammenhang ist es zwar ein Gewinn, dass der Autor nicht nur Historiker, sondern auch Schriftsteller wie Josef Ruederer oder Lion Feuchtwanger und deren Sicht auf ihre Zeit wiedergibt, doch wäre auch hier eine stärkere Kontextualisierung einem erweiterten Verständnis der Leser förderlich gewesen. Mit Blick auf



das 18. Jahrhundert sollten zum Beispiel die damals häufig publizierten Reisebeschreibungen von „Aufklärern“ nicht als Tatsachenbeschreibungen missverstanden werden. Nutzten diese doch gerne das Stilmittel der Übertreibung zur Untermauerung ihrer Kritik an den Verhältnissen im damaligen Kurfürstentum.

Im Anschluss an die umfangreiche und – wie das gesamte Buch – sehr flüssig zu lesende chronologische Darstellung von Kurfürst Max Emanuel bis zu Ministerpräsident Markus Söder widmet sich der Autor nochmals verstärkt der Leitfrage: „Was macht Bayern besser?“ Die weitreichende Hintergrunddarstellung erweist sich nun als sehr hilfreich, da der Autor hierfür große historische Linien zieht, etwa, wenn er den wirtschaftlichen Aufstieg Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Geburt des modernen Bayerns zu Beginn des 19. Jahrhunderts vergleicht.

Das Erfolgsrezept und den Grund für den heutigen Wohlstand im Land liegt Gazdars Analyse zufolge in einer „produktiven Dialektik“, in der „Synthese scheinbar gegensätzlicher Strategien“ und in der „ständigen Verfeinerung dieser Synthese“, oder kurzum: „Bayerns Erfolgsrezept ist ein ständiges Sowohl-als-auch, das genaue Gegenteil von Lehrbuchweisheiten“. Das Wechselspiel von Staatskapitalismus und Staatssozialismus, die Dialektik von Hightech und Heimat, von Modernität und Konservatismus oder von Tüchtigkeit und Transzendenz würden zum bayerischen Erfolg führen.

Ist die Untersuchung für die Jahrhunderte zuvor vor allem eine Geschichte der regierenden Herrscher und ihrer ersten Minister, werden für die Nachkriegszeit die CSU und ihre Vertreter in den Mittel-

punkt gerückt. Der Autor erklärt, warum sich die CSU im Vergleich zu den CDU-Landesverbänden in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg als Volkspartei halten konnte – die Besetzung des vopolitischen Raums, vor allem aber ihre professionellen Strukturen und der Fokus auf wirtschaftliche und soziale Prioritäten – und erläutert die Wesensverwandtschaft von CSU und FC Bayern.

Mitunter wirkt er von seinem Untersuchungsgegenstand etwas zu sehr begeistert. Ein Beispiel: Sein Buch widmet er ehemaligen Ministern, Staatssekretären und Ministerialbeamten als „Hidden Champions“, für die er als Beispiele Persönlichkeiten wie Otto Wiesheu, Anton Jaumann, Otto Schedl oder Richard Ringelmann anführt. Das zeugt nicht gerade von Distanz, gleichwohl natürlich zu hinterfragen ist, ob dies der Autor überhaupt beabsichtigte. Mit seinen pointierten Thesen verleitet das Buch seine Leser definitiv zum Nachdenken über einen spezifisch bayerischen Weg. Vielleicht wäre daher die Frage „Was macht Bayern anders“ der passendere Titel gewesen.

DR. RUDOLF HIMPSL,  
MÜNCHEN

de Saldanha, Mike: **Smart bauen: Architektonische und technische Strategien für energieoptimierte Gebäude, Quartiere und Städte.** Stuttgart: Fraunhofer IRB-Verlag 2021, 297 Seiten, € 69,00.



Dem Autor Mike de Saldanha ist das Kunststück gelungen, seine in nahezu 40 Jahren gewonnenen Erkenntnisse im Hinblick auf die Wechselwirkungen von Energie und Umwelt einerseits und Architektur andererseits in einem nahezu 300 Seiten starken Buch mit dem Titel „Smart bauen“ zu konzentrieren. Das Werk kann als Standardwerk für energieoptimierte Gebäude, Quartiere und Städte bezeichnet werden und ist eine außerordentlich wichtige Handreichung für Praktiker im Baubereich, aber vor allem auch für Kommunalpolitiker.

Bei allen Betrachtungen steht der Mensch im Mittelpunkt. Das Streben nach ganzheitlicher Behaglichkeit hat Vorrang vor der Optimierung einzelner technischer Messwerte. Dabei stellt der Autor Ziele wie visuelle sowie akustische und thermische Behaglichkeit in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Es folgt eine Auseinandersetzung mit den Kategorien Raum, Hülle und Haus sowie Stadt und Land. In der Kategorie Raum behandelt er Fragen der Lüftung, Gebäudesteuerung und der Bedeutung des Lichts. In der Kategorie Hülle konzentriert er sich auf das Thema Fassaden, Baustoffe sowie die Integration der Photovoltaik. In der Kategorie Haus werden die verschiedenen Nutzungsfor-

men der Gebäude von Wohngebäuden bis hin zu Versammlungsgebäuden diskutiert. In der Kategorie Stadt erfolgt dann die Beschreibung konkreter Projekte, wovon im Folgenden noch im Detail von einem Projekt in Erlangen die Rede sein wird. Schließlich erörtert der Autor im Kapitel Land die verschiedenen energetischen Regulierungen durch den Gesetzgeber und geht auf die Energiewende sowie auf spezifische Fragen wie etwa Mieterstrommodell, Kundenanlage etc. ein.

Die vorliegende Rezension kann selbstverständlich nicht die vielfältigen Facetten dieser einzelnen Kategorien behandeln, sondern beschreibt das Zusammenspiel dieser an einem vom Autor realisierten außerordentlich innovativen Projekt in Erlangen. Mit dem von Jürgen Jost initiierten Quartier „BRUCKLYN“ in Erlangen hat der Autor ein zukunftsweisendes Quartier realisiert, in dem wie in einem Brennglas fokussiert alle zuvor genannten Dimensionen zusammengeführt werden.

Für die stetig wachsende Zielgruppe der „digitalen Nomaden“ und inspiriert vom Sharing-Gedanken wurde ein quartierübergreifendes, sektorgekoppeltes Energiekonzept realisiert. In den optimierten Niedrigstenergiegebäuden werden die Verbraucher energetisch und digital verknüpft. Wärme, Strom und Kälte werden in einer modularen Energiezentrale erzeugt und über ein quartiereigenes Nahwärmenetz und Niederspannungsnetz verteilt. Der mit PV-Anlagen auf allen Dächern erzeugte Strom wird mit einem außerordentlich hohen Anteil im Quartier selbst verbraucht. Hinzu kommt ein Erdsondenfeld, über das mit Wärmepumpen Wärme und regenerative Kälte zur Verfügung gestellt wird.

Es war nur logisch, dass dieses Konzept bereits im Jahr 2017 den Handelsblatt Energy Award im Bereich „Smart Infrastructure“ gewann. Bei dem Projekt ist vorgesehen, dass Wasserstoff als Langzeitspeicher eingesetzt wird. Wasserstoff wird zwar als außerordentlich problematisch handhabbar beschrieben. Doch Wissenschaftlern aus Erlangen ist es unter Führung von Prof. Dr. Peter Wasserscheid und dem Geschäftsführer des Unternehmens Hydrogenious, Dr. Daniel Teichmann, gelungen, diesen brennbaren Stoff an eine ungiftige, nicht brennbare Trägerflüssigkeit (LOHC) zu binden und langfristig und ohne Risiko zu speichern.

Diese Substanz kann wie Dieselöl gelagert und transportiert werden. Somit kann auch die in Bestandsgebäuden bereits existierende Infrastruktur genutzt werden. Für derartige Prozesse ist ein auf künstlicher Intelligenz basierendes, selbstlernendes Energiemanagementsystem erforderlich. Im „BRUCKLYN“ arbeitet man dabei mit einer cloudbasierten KI-Software, in der das Quartier als „digitaler Zwilling“ abgebildet ist. Das Quartier mit seinen flexiblen Erzeugern und Verbrauchen wirkt als großer virtueller Energiespeicher und kann in großem Umfang elektrische Energie in das öffentliche Stromnetz einspeisen beziehungsweise entnehmen.

Erfreulich ist, dass es der Autor bei der Fragestellung „Smartes bauen“ nicht beim Status quo bewenden lässt, sondern auch einen Ausblick in die nächsten Dekaden wagt. Dabei beschreibt er die Zeit von 2020 bis 2030 als „digitale Dekade“ und die Zeit von 2030 bis 2040 als „Green-Tech-Phase“, um schließlich den Zeitraum von 2040 bis 2050 mit dem visionären Titel „das Interplaneta-

re Zeitalter“ zu beschreiben. Informativ ist auch der umfangreiche Anhang des Buches. Dort bietet de Saldanha einen außerordentlich umfangreichen Einblick in Literatur, Normen und einschlägige Gesetze.

Dieses Werk ist nicht nur eine Pflichtlektüre für Architekten und Stadtplaner, sondern auch für alle, die sich mit dem Thema „Smartes bauen“ und ihren jeweiligen Bezügen zu energie- und umweltpolitischen Herausforderungen beschäftigen. Somit ist es auch außerordentlich hilfreich für alle politisch Interessierten und insbesondere für jene, die in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen.

PROF. DR. SIEGFRIED BALLEIS,  
ERLANGEN / NÜRNBERG

Nußberger, Angelika:  
Die Menschenrechte.  
Geschichte, Philosophie,  
Konflikte. München:  
C.H. Beck-Verlag 2021,  
128 Seiten, € 9,95.



Ohne Menschenrechte (Synonym: Grundrechte) sind Menschen der staatlichen Gewalt hilflos ausgeliefert. Daher gehören diese unveräußerlichen Individualrechte zu den großen Errungenschaften der menschlichen Zivilisation. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Rechtsstaates und jeder freiheitlichen Verfassung. Die wichtigen Formulierungen in Menschenrechtserklärungen und Verfassungen sind vielen Menschen gut bekannt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Aufgabe aller staatlichen Gewalt“ (Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz). „Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten“ (Artikel I der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte). Leider sind Menschenrechte auch heute in vielen Staaten keine Selbstverständlichkeit. Als Beispiele mögen Russland, China und Myanmar genügen.

In Deutschland gelten die Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK, als einfaches Bundesgesetz), die Grundrechtecharta der EU für das Unionsrecht und in manchen Bundesländern noch eigenständige Landesgrundrechte

(z. B. in Bayern und Hessen). Die Bedeutung der Grundrechte ist enorm. Sie sind der Maßstab, an dem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg und der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg Rechtsfragen bewerten. Grund- bzw. Menschenrechte spielen daher auch in der öffentlichen Diskussion (nicht zuletzt um Gerichtsentscheidungen) eine große Rolle, z. B. in der Debatte um die Zulässigkeit von Abtreibungen oder um das Recht, als Beamtin ein Kopftuch zu tragen. Daher ist es sehr nützlich, sich mit den Grundlagen der Grund- bzw. Menschenrechte zu befassen. Angelika Nußberger, eine ausgewiesene Kennerin der Materie, hat ein zu diesem Zweck hilfreiches kurzes Buch verfasst. Sie ist Professorin für Verfassungsrecht, Völkerrecht und Rechtsvergleichung an der Universität zu Köln und war Vizepräsidentin des EGMR.

Die Autorin stellt zunächst die historische Entwicklung von der englischen Magna Carta (1215) bis zur Grundrechtecharta der EU (2000) dar. Sie zeigt, dass Rechtsgarantien oftmals als Antwort auf erlittenes Unrecht eingeräumt oder proklamiert wurden: Dies gilt für die Magna Carta, aber auch für die Bill of Rights (1689), die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die Virginia Declaration of Rights (beide 1776), die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) und die Paulskirche-Verfassung mit ihrem ausgeprägten Grundrechtsteil (1849). Menschen- bzw. Grundrechte mussten erkämpft werden. Sie waren (und sind) nicht selbstverständlich.

Ihre philosophischen Grundlagen schildert Nußberger im zweiten Kapitel ihres Buches. Die bekannten Staatstheo-

retiker Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau, Immanuel Kant und John Rawls treten auf. Ihre Thesen wirken zum Teil bis heute nach. Doch auch die Zweifler und Kritiker (unter ihnen Jeremy Bentham und Karl Marx sowie lange Zeit die christlichen Kirchen) kommen zu Wort.

Im dritten Kapitel zeigt die Autorin, wie die Menschenrechte als politisches Argument eingesetzt werden, zum Teil auch zur Rechtfertigung von Kriegseinsätzen. Sie sind aber auch ein wichtiges „Ferment des gesellschaftlichen Wandels“ (S. 72, 74). Denn Menschen- bzw. Grundrechte sind wegen ihres oftmals weiten und offenen Wortlauts besonders auslegungsbedürftig und interpretationsfähig. Gerichte wie der EGMR oder das BVerfG haben durch ihre Entscheidungen gewandelte gesellschaftliche Anschauungen unterstützt und befördert. Darin liegt die Gefahr, dass die Menschen- bzw. Grundrechte ihre Verbindlichkeit verlieren oder schlicht überdehnt werden können. Sie können durch eine dem Zeitgeist angepasste Auslegung jedenfalls ihren Anspruch verlieren, universell (oder gar „ewig“) gültig zu sein (S. 75).

Menschen- bzw. Grundrechte sind ein wichtiges Fundament des Rechtsstaates. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Gerichte, Regierungen und Parlamente viele aktuelle Fragen und Herausforderungen mithilfe der Menschen- bzw. Grundrechte beantworten und lösen möchten. Migration und Flucht, die Bedrohung durch international agierenden Terrorismus, der Anfang und das Ende des Lebens sowie die Sexualität und geschlechtliche Identität oder auch die soziale Ungleichheit – all diese Bereiche fordern die Rechtsetzung und die Rechtsprechung. Welche Gren-

zen ziehen hier jeweils die Menschen- bzw. die Grundrechte für die handelnden Personen? Was darf der Staat tun, was darf ein Gericht verbieten oder anordnen?

Das letzte Kapitel trägt den Titel „Wunsch und Wirklichkeit“. Nußberger untersucht, wie Verfassungsgerichte als „Motor oder Bremse gesellschaftlichen Wandels“ (S. 97) agieren und wirft einen Blick auf die Rolle des EuGH und des EGMR.

Allen politisch und juristisch Interessierten sei dieses Buch empfohlen.

PROF. DR. PHILIPP AUSTERMANN,  
BRÜHL

Deiniger, Roman / Ritzer, Uwe: *Die Spiele des Jahrhunderts. Olympia 1972, der Terror und das neue Deutschland*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2021, 527 Seiten, € 25,00.



Kellerhoff, Sven Felix: *Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft Theiss 2022, 238 Seiten, € 25,00.



Bayerische Staatsbibliothek (Hrsg.): *Olympia 72 in Bildern*. Fotografien aus den Sammlungen der Bayerischen Staatsbibliothek. München: Volk Verlag, 192 Seiten, € 29,90



Vor 50 Jahren, im Sommer 1972, genauer gesagt vom 26. August bis zum 11. September 1972, fanden in München die 20. Olympischen Sommerspiele im dafür eigens neu errichteten Olympiapark mit seinen Sportstätten rund um das Olympiastadion mit Zeltdach statt. Bis heute ist das Gelände mit den Bauten nordwestlich des Stadtzentrums ein landschaftsgestalterisches und architektonisches Markenzeichen, symbolisiert vor allem durch den markanten Olympiaturm.

Mit zahlreichen Veranstaltungen hat die bayerische Landeshauptstadt in diesem Jahr an das 50. Jubiläum erinnert, wobei die „European Championchips“, die gleichzeitigen Europameisterschaften in neun Sportarten, im August 2022 unter dem Slogan „Back to the Roofs“ unmittelbar an die 1972er Spiele anknüpften und damit erinnerten und etwas vom Feeling der Olympischen Spiele 50 Jahre zuvor nacherleben ließen.

Auch auf dem Büchermarkt ist eine ganze Reihe von verschiedenartigen Publikationen erschienen, die die selbsterklärten „Heiteren Spiele“ unter die Lupe nehmen. Drei von ihnen sollen hier vorgestellt werden, die die Spiele von München 1972 unterschiedlich aufbereiten.

Bereits im Herbst 2021 erschien das opulente, über 500 Seiten umfassende Werk der beiden SZ-Redakteure Roman Deiniger und Uwe Ritzer. Wenngleich der Focus des flüssig zu lesenden Buches auf den Spielen im Sommer 1972 liegt, spannen beide einen großen Bogen von den Spielen 1936 in Berlin, über die Nachkriegssituation hin zu den Entwicklungen nach der Entscheidung von Rom im April 1966. Hierbei in die Darstellung eingewoben sind die Lebensläufe derjenigen Sportfunktionäre und Politiker, die untrennbar mit den Spielen verbunden sind: Hans-Jochen Vogel, damals Oberbürgermeister Münchens, NOK-Präsident Willi Daume, IOC-Präsident Avery Brundage, Bundeskanzler Willy Brandt oder Bundespräsident Gustav Heinemann.

So entsteht ein reichhaltiges Geschichtspanorama, das schließlich seinen Höhepunkt in der Darstellung der Spiele findet, die als „heiter“ deklariert tatsächlich auch so begannen und liefen, aber diesen Charakter durch den Terroranschlag auf das israelische



Mannschaftsquartier im Olympischen Dorf am 5. September 1972 mit einem Mal verloren. Doch die Darstellung endet nicht mit dem Erlöschen des Olympischen Feuers am 11. September 1972, sondern thematisiert die Weiterentwicklung des Olympischen Sports, die Weiternutzung der Münchner Olympiaanlagen, eingebettet in die historischen Zeitläufe. Ein Schwerpunkt liegt dabei auch auf der Aufarbeitung des Olympia-Attentats sowie dem Umgang mit den Opferfamilien, die erst kurz vor dem 50. Jahrestag im September 2022 durch eine Vereinbarung mit dem Bund, dem Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München mit einer Einmalzahlung in Höhe von 28 Millionen Euro entschädigt wurden.

Das zweite, hier vorzustellende Werk ist der Ausstellungskatalog einer im Sommer 2022 von der Bayerischen Staatsbibliothek in ihren Räumlichkeiten gezeigten Bilderschau. „Bunt“ sollten sie sein, die Spiele, für die auch durch den Grafiker Otl Aichinger ein völlig neues Designkonzept entwickelt wurde, das von den (typisch 70er-Jahre-)Farben der Fahnen, der Plakate, der Dirndl der Olympia-Hostessen, des Maskottchens „Waldi“ bis hin zu den bis heute gültigen Signets der olympischen Sportarten reichte. Knapp 140 Bilder ganz unterschiedlicher Thematik und verschiedener Fotografen wurden gezeigt und sind auch in dem Katalog zu finden.

Gegliedert werden die Fotografien durch Rubriken wie „Stadtentwicklung 1966 bis 1972“, das Kapitel „Vom Oberwiesenfeld zum Olympiagelände“ oder „Das Dach“. Auch das Attentat sowie die Zeit nach den Spielen, die unter anderem die Nutzung des Olympiastadions als jahrzehntelange Spielstätte des

FC Bayern München oder als Ort für Konzerte umfasst, bleiben hier nicht unberücksichtigt.

So werden durch die Bilder und die entsprechenden Bildunterschriften die gewaltigen Veränderungen, die das Areal auf dem ehemaligen Oberwiesenfeld, dem heutigen Olympiapark, aber auch das Leben, das es rund um die Spiele in München gab, sehr nacherlebbar. Geradezu niederdrückend sind die ausgewählten Bilder vom Attentat, die nochmals die gesamte Dramatik jenes Tages wach werden lassen und nicht nur vor dem geistigen Auge entlanglaufen.

Ausschließlich mit dem „Trauma von München“, dem Terroranschlag am 5. September 1972, an dessen Ende der Tod von elf israelischen Sportlern und Trainern und einem bayerischen Polizeibeamten nach dem desaströsen und missglückten Befreiungsversuch auf dem Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck stand, beschäftigt sich der Historiker und Journalist Sven Felix Kellerhoff. Packend geschrieben, zieht es den Leser direkt in das Geschehen jener unglückseligen Stunden hinein und lässt ihn somit unmittelbar teilhaben. Grundlage bildeten für Kellerhoff staatliche Akten, zeitgenössische Medienberichte oder auch Zeitzeugenaussagen. Besonders spannend sind dabei die Berichte dreier DDR-Sportreporter, die aus dem direkt dem Tatort gegenüberliegenden Mannschaftsquartier der DDR alles beobachten konnten, und die sich im Stasi-Unterlagen-Archiv fanden.

Auch 50 Jahre nach diesem Ereignis, das sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen gebrannt hat, lassen die Geschehnisse den Leser erschauern. Kaum zu glauben, was an Missgeschicken und Fehlentscheidungen es an diesem 5. September 1972 gegeben hat.

Zwei Beispiele seien hier herausgegriffen, die Kellerhoff minutiös beschreibt: Zum einen die Live-Übertragung im Fernsehen, wie Polizisten in Trainingsanzügen, die aus einem benachbarten Sportartikelladen geholt wurden, über die Dächer der angrenzenden Sportlerunterkünfte zur Connollystraße 31 vorzudringen versuchen – und dies von den Terroristen im TV direkt mitverfolgt wurde. Zum anderen das Unvermögen, die Information, dass man es nicht mit fünf, sondern mit acht Terroristen zu tun habe, von München nach Fürstenfeldbruck durchzugeben. Dies hatte nämlich erhebliche Konsequenzen für die Befreiungsaktion in Fürstenfeldbruck, bei der nur fünf Schützen (ein Schütze pro Terrorist!) eingesetzt wurden.

Zweifelsohne atomisierte dieses Attentat, für das das Bild eines Terroristen mit Strumpfmassage auf dem Balkon in der Connollystraße 31 sowie das des ausgebrannten Hubschraubers auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck stehen, mit einem Schlag den Glauben an die „Heiteren Spiele von München 1972“.

Mit den drei hier vorgestellten Büchern kann man sich einen ausreichenden, punktuell minutiösen sowie bildhaften Einblick in die Zeit vor 50 Jahren, der Olympischen Sommerspiele 1972 in München verschaffen.

ALEXANDER KROPP,  
MÜNCHEN

# JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2022

<b>Heft 501</b>	<b>Europas Zukunft mitgestalten</b>
<b>Heft 502</b>	<b>Unser Gesundheitssystem von morgen</b>
<b>Heft 503</b>	<b>Den Lebensraum der Zukunft gestalten</b>
<b>Heft 504</b>	<b>Sicher leben – was der Bürger braucht</b>
<b>Heft 505</b>	<b>Bürgerliche Mitte und Demokratie</b>

<b>Autor</b>	<b>Titel</b>	<b>Heft</b>	<b>Seite</b>
Balleis, Siegfried	Smart City und Klimaschutz	501	43
Balleis, Siegfried	Third Mission für Universitäten und Hochschulen	504	52
Báron, Cosima	Der bayerische Beitrag zur Zukunftskonferenz	501	38
Bernreiter, Christian	Altersgerechte Wohnformen	503	30
Blume, Markus	Politische-Studien-Zeitgespräch: Wissenschafts- und Innovationsstandort Bayern	505	6

<b>Autor</b>	<b>Titel</b>	<b>Heft</b>	<b>Seite</b>
Brämig, Sophia	Wie nachhaltig ist das Wertefundament der CSU? Heimatliebe	504	62
Braml, Josef	Außenpolitische Zeitenwende für Deutschland und Europa	503	44
Breit-Kessler, Susanne	Interview Gedanken zur Adventszeit	505	64
Brunner, Robert	Die Gesundheitswirtschaft – eine Investition in die Zukunft	502	41
Busacker, Torsten	Mobil im Lebensraum der Zukunft	503	35
Christofori, Johanna	Wie nachhaltig ist das Wertefundament der CSU?	504	60
Deckarm, Renke	Der bayerische Beitrag zur Zukunftskonferenz	501	38
Diepold, Lorenz	Wie nachhaltig ist das Wertefundament der CSU?	504	60
Doleschal, Christian	Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Stabilität	501	33
Dorow, Alex	Die Bürgerliche Mitte	505	45
Faltlhauser, Maximilian	Sichere Energie für Deutschland	504	42
Ferber, Markus	Europas Wirtschaft im Lichte der Sozialen Marktwirtschaft	501	24
Ferber, Markus	Die Bürgerliche Mitte in Europa – Wohin steuert sie?	505	27
Fürbeth, Barbara	Editorial: Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen	502	3
Haberer, Johanna	Der Wert „Gesundheit“ im Lichte der Pandemieerfahrungen	502	34

Autor	Titel	Heft	Seite
Haller, André	Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus	502	50
Hampel, Thomas	Geben Sie acht auf sich!	504	34
Hausner, Verena	Unser Gesundheitssystem von morgen	502	25
Hausner, Verena	Den Lebensraum der Zukunft gestalten	503	16
Hausner, Verena	Sicher leben – Was der Bürger braucht	504	22
Herrmann, Joachim	Sicherheit durch Stärke	504	26
Holetschek, Klaus	Für die Gesundheit und Pflege von morgen	502	28
Hirscher, Gerhard	Wo liegt die neue bürgerliche Mehrheit?	505	36
Huber, Thomas	Die Bedeutung von Sozialpolitik	501	51
Kaiser, Ronald	Die Gesundheitswirtschaft – eine Investition in die Zukunft	502	41
Karakaya, Cem	Politische-Studien-Zeitgespräch: Schutz vor Cyberkriminalität	502	6
Kern, Eva-Maria	Spitzenforschung für alle	503	6
Klotz, Thomas M.	Wettbewerbsfähige Bildungspolitik?	505	54
Lang, Werner	„Grünes Licht“ für die ökologische Transformation	503	20
Mack, Magdalena	Wie nachhaltig ist das Wertefundament der CSU?	504	60
Maisch, Marc	Politische-Studien-Zeitgespräch: Schutz vor Cyberkriminalität	502	6
Pabst, Martin	Äthiopien – Schlüsselland auf der Kippe	502	58
Schmid, Susanne	Bürgerliche Mitte und Demokratie	505	22

Autor	Titel	Heft	Seite
Schmid-Nürnberg, Sarah	Editorial: Der neue europäische Traum	501	3
Schmid-Nürnberg, Sarah	Europas Zukunft mitgestalten	501	18
Schmid-Nürnberg, Sarah	Editorial: Wohin steuert die Mitte?	505	3
Schmitt, Jonas	Wie nachhaltig ist das Wertefundament der CSU?	504	60
Senger, Henning	Editorial: Sicher und selbstbestimmt leben können	503	3
Titz, Andrea	Politische-Studien-Zeitgespräch: Recht so – Eine Richterin geht entschlossen und elegant ihren Weg	501	6
Umbach, Frank	Der Glasgower Klimagipfel 2021	503	53
Vorbach, Johannes	Der bayerische Beitrag zur Zukunftskonferenz	501	38
Vorndran, Anton	Wie nachhaltig ist das Wertefundament der CSU?	504	60
Wildermuth, Katja	Politische-Studien-Zeitgespräch: Den BR und Bayern im Herzen	504	6
Wolf, Alexander	Editorial: Sicher leben	504	3



Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**AKTUELLE ANALYSEN 92**  
**Gute Regierungsführung**  
 Die Rolle der EU bei der Unterstützung der Zivilgesellschaft (in Deutsch und Englisch)



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
**6/2021 Deutschland braucht ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz!**  
 Für innovative und menschendienliche Forschung und



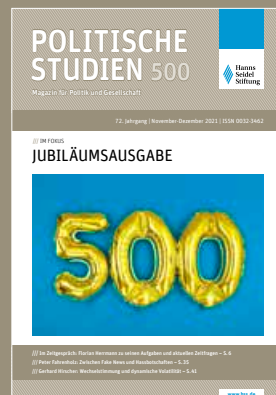
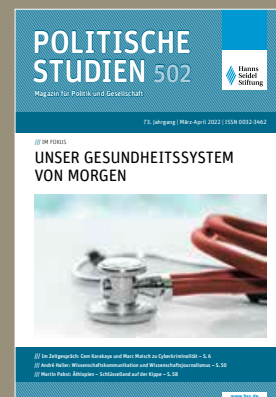
**AKTUELLE ANALYSEN 93**  
**Der neue Deutsche Weg**  
 Für eine Neuordnung der Prostitutionsgesetzgebung



**ENGAGEMENT FÜR GEFLÜCHTETE AUS DER UKRAINE:**  
 Ein Ratgeber für Ehrenamtliche

# POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 504: Sicher Leben – Was der Bürger braucht
	PS 503: Den Lebensraum der Zukunft gestalten
	PS 502: Unser Gesundheitssystem von morgen
	PS 501: Europas Zukunft mitgestalten
	PS 500: Jubiläumsausgabe
	PS 499: Nachhaltige Verantwortung weltweit

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung  
Referat „Publikationen“  
Lazarettstr. 33  
80636 München

publikationen@hss.de

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse  
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

**Herausgeber:**

© 2022, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP  
Generalsekretär: Oliver Jörg  
Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

**Redaktion:**

Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit GmbH | trurnit Publishers

**Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Die Hanns-Seidel-Stiftung verfolgt das Ziel, alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen und sichtbar zu machen. Sämtliche im Text verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
iStock.com / Pict Rider

